

## RT DE: News, Analyse und Meinung

### Artikel der Woche, 25.10.–31.10.2024

#### Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse.....	13
Meinung.....	33

#### News

##### **Putin über die Kooperation der Ukrainer mit der NATO: "Das gefällt ihnen immer weniger"**

<https://dert.site/international/223623-putin-ueber-nato-kooperation-ukrainer-das-geffaelst-uns-immer-weniger/>

25.10.2024

**Wladimir Putin äußert sich skeptisch zur NATO-Kooperation der Ukraine. Er meint, dass Kiew die Aussichtslosigkeit seines Ansatzes in den Beziehungen zu Russland bald erkennen werde. Je eher dies geschehe, desto besser für alle Beteiligten.**

Wenn die Ukraine so sehr daran interessiert ist, mit der NATO in Sicherheitsfragen zusammenzuarbeiten, dann soll sie das tun – nur scheint es ihr immer weniger zu gefallen. Dies sagte der russische Präsident Wladimir Putin in einem Interview mit Olga Skabejewa im Fernsehsender *Russland 1* über den Wunsch der Ukraine, mit der NATO in Sicherheitsfragen zusammenzuarbeiten:

*"Nun, wenn es ihnen gefällt, dann sollen sie es tun. Aber ich habe das Gefühl, dass es ihnen immer weniger gefällt."*

Putin betonte, dass es letztlich an der Ukraine liege, wie sie ihre Sicherheit gewährleisten wolle. Gleichzeitig warnte er jedoch davor, dass ein Festhalten an diesem Kurs in den Beziehungen zu Russland wenig erfolgversprechend sei:

*"Uns wird immer wieder gesagt, es sei Sache der Ukraine, zu entscheiden, wie sie ihre Sicherheit gewährleisten will, mit der NATO oder ohne die NATO. Je früher sie die Aussichtslosigkeit eines solchen Ansatzes in den Beziehungen zu Russland erkennt, desto besser wird es für alle sein, auch und vielleicht vor allem für sie selbst."*

Russland sei zu vernünftigen Kompromissen in der Ukraine-Frage bereit, konkrete Verhandlungen gebe es aber nicht, fügte Putin hinzu:

*"Wir sind bereit, Kompromisse zu suchen, wir sind bereit, diese vernünftigen Kompromisse einzugehen. Aber ich möchte jetzt nicht ins Detail gehen, weil es keine konkreten Verhandlungen gibt, weil die andere Seite sich weigert."*

Gleichzeitig betonte der Präsident, dass jedes Ergebnis zugunsten Russlands ausfallen und sich aus den Realitäten vor Ort ergeben müsse:

*"Und ohne Zweifel werden wir hier keine Zugeständnisse machen, es wird keine Tauschgeschäfte geben."*

Am Vortag hatte Putin auf einer Pressekonferenz nach dem BRICS-Gipfel gesagt, dass Kiew nicht verhandeln wolle, unter anderem weil der Beginn von Friedensgesprächen die Aufhebung des Kriegsrechts zur Folge hätte. Unmittelbar danach müssten Präsidentschaftswahlen stattfinden, wozu sie offenbar noch nicht bereit seien. Der Ball liege nun bei Kiew.

Weiter bezeichnete Putin das Verhalten der Kiewer Führung, die mehrfach Verhandlungen abgelehnt habe, als irrational. Als Beispiel nannte er die Initiative der Türkei, die Sicherheit der Schifffahrt im Schwarzen Meer zu gewährleisten. Moskau habe zugestimmt, aber Kiew habe gesagt, es werde keine Verhandlungen geben. Vor einigen Tagen habe die Türkei der Ukraine angeboten, neue Ideen bezüglich der Situation im Schwarzen Meer zu prüfen, aber Kiew habe wieder abgelehnt, so der Staatschef.

Am 24. Februar 2022 hat Putin eine militärische Sonderoperation in der Ukraine begonnen. Als Ziel der Intervention nannte er den "Schutz der Menschen, die seit acht Jahren vom Kiewer Regime misshandelt werden und einem Völkermord ausgesetzt sind". Er betonte, dass die Militäroperation eine Notmaßnahme gewesen sei. Russland habe "keine andere Wahl gehabt, denn die Bedrohungen waren so groß, dass es unmöglich war, anders zu reagieren".

Über 30 Jahre hinweg habe Russland versucht, mit der NATO Sicherheitsprinzipien für Europa zu vereinbaren, sei aber auf zynische Täuschungen und Lügen sowie Druck- und Erpressungsversuche gestoßen. Gleichzeitig habe sich das Bündnis trotz der Proteste Moskaus ständig erweitert und sei näher an die Grenzen Russlands herangerückt.

\* \* \*

## **Corona-Aufarbeitung? Seit 2020 Tausende Verfahren gegen Ärzte, die Maskenatteste ausstellten**

<https://dert.site/inland/223699-corona-aufarbeitung-seit-2020-tausende-verfahren-gegen-aerzte/>  
26.10.2024

**Laut einem Medienbericht wurden mit Stand Oktober 2024 mehr als 1.000 finale Urteile gegen Ärzte ausgesprochen, die sogenannte "Maskenatteste" in der "Corona-Krise" ausstellten. Es folgten Geldstrafen von bis zu 15.000 Euro sowie Berufsverbote und Gefängnis.**

## Verantwortliche Politiker blieben bisher verschont.

Die Gesellschaft diskutiert weiterhin kontrovers über die "Corona-Aufarbeitung" und Einschätzung und Benennung von Tätern und Opfern einer restriktiven sowie nachweislich politisch forcierten Maßnahmenphase der Jahre 2020–2023. In einem Artikel der *Welt* wird über die rigide Verfolgung von Ärzten und Therapeuten berichtet, die ihren Patienten und Klienten nach bestem Wissen und Gewissen sogenannte "Atteste zur Maskenbefreiung" ausstellten (Bezahlschranke).

Die damit zuvor erfolgten juristischen Verfahrensaufnahmen samt Einschätzungen und Verurteilungen wegen unterstellter Straftaten steht auffällig konträr zur bis dato ausgebliebenen juristischen Aufarbeitung politischer Aktionen wie nachweislich getätigte Fehlinformationen, mutwilliger massiver Missbrauch von Steuergeldern und eine ausufernde sowie das Leben einschränkende Maßnahmenpolitik.

Im *Welt*-Artikel wird einleitend erklärt, dass die demnach für gewisse politische Kreise inakzeptable Ausstellung sogenannter Maskenatteste in der COVID-19-Pandemie für "Mediziner in Deutschland weitreichende juristische Konsequenzen" mit sich brachte. Die *Welt*-Redaktion hatte die "Generalstaatsanwaltschaften der Bundesländer" um Beantwortung eines Fragenkatalogs gebeten, bezogen auf "den Stand der Verfahren und Urteile nach Paragraph 278 des Strafgesetzbuches". Dieses Gesetz behandelt den Umgang mit dem "Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse". Die Beantwortung ergab:

*"Die meisten Prozesse wurden in den Jahren 2022 und 2023 geführt. Doch bis heute sind noch Hunderte Verfahren anhängig. Allein in Sachsen wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 2024 127 Ärzte rechtskräftig verurteilt. In Berlin wurden von Januar 2020 bis Oktober 2024 insgesamt 1.029 Verfahren gegen Mediziner geführt."*

Bezugnehmend auf die erfolgten Urteilsprechungen heißt es weiter, dass die Berliner Gerichte dabei ein Großteil der Prozesse einstellten oder an andere Staatsanwaltschaften übergaben:

*"In 17 Fällen kam es zu Urteilen, davon neun Geldstrafen und zwei Freiheitsstrafen auf Bewährung. Einen Freispruch gab es nur in einem Fall."*

In Baden-Württemberg wurden bis 2023 "237 Mediziner zu Geldstrafen verurteilt, drei Ärzte erhielten Freiheitsstrafen auf Bewährung". Für ein Gesamtbild der politischen Vorgehensweise lieferten jedoch "die meisten Bundesländer keine konkreten Daten", so anscheinend auch Bayern, wo Ministerpräsident Markus Söder nachweislich als einer der härtesten und gnadenlosesten, dokumentierten Unterstützer der Bundespolitik in Erinnerung bleiben wird, samt Umsetzung zuarbeitender Behörden und Politiker, wie die Grünen-Abgeordnete Katharina Schulze. Es wird weiter zitiert:

*"Niedersachsen zählte von 2020 bis 2024 insgesamt 240 'rechtskräftige Sanktionen', davon laut Generalstaatsanwaltschaft 'überwiegend Geldstrafen, vereinzelt auch Freiheitsstrafen'. In Hamburg wurden von 2020 bis 2024 Geldstrafen gegen 21 Ärzte verhängt. Schleswig-Holstein meldet aus den vergangenen zwei Jahren 13 Urteile gegen Mediziner."*

Demgegenüber informierte die Zeitschrift *Capital* am 18. Oktober – weiterhin ohne auch nur dem Ansatz einer juristischen Aufarbeitung samt Anklage verantwortlicher Protagonisten:

*"Gesundheitsministerium zahlt 73 Millionen Euro für Anwälte. In den Verfahren um den Einkauf von Coronamasken hat das Gesundheitsministerium ein halbes Dutzend führende Anwaltskanzleien mandatiert."*

Trotz dieser für die Steuerzahler mehr als kostenintensiven Strategie des BMG sowohl unter der Ägide von Minister Jens Spahn (CDU) als auch seinem Nachfolger Karl Lauterbach (SPD) gab es laut dem Artikel "für den Bund zuletzt teure Schlappen". Dazu heißt es weiter:

*"Insgesamt geht es in den noch nicht abschließend entschiedenen Maskenverfahren um einen Streitwert von 2,3 Milliarden Euro – plus diverse Zusatzkosten wie Verzugszinsen, die der Bund wohl in vielen Fällen bezahlen müsste, wenn er die Prozesse verliert."*

Im *Welt*-Artikel wird daran erinnert, dass die Bundesregierung im April 2020 das Maskentragen verpflichtend angeordnet hatte, und zwar mit teils unterschiedlichen Forderungen und Vorgaben der Bundesländer an ihre Bürger. Ausnahmen waren nur bei Vorlage eines Attests möglich. Zu den Maskenattesten heißt es weiter:

*"Als Voraussetzung galten 'gesundheitliche Beeinträchtigungen von einigem Gewicht', wie es etwa die Ärztekammer Hamburg formulierte. Als 'unrichtig' gilt ein Attest nach ständiger Rechtsprechung dann, wenn es ohne vorherige Untersuchung ausgestellt wird."*

Der diesbezüglich sehr oft angewandte juristisch monierte Vorwurf gegen Ärzte und Therapeuten barg jedoch inhaltliche Probleme:

*"Doch wie genau diese Untersuchung auszusehen hatte und welche Krankheitsbilder die Befreiung von der Maskenpflicht nahelegen – darüber gibt es bis heute keine einheitlichen Vorgaben."*

Auch welche Studien und Fachliteratur bei der Sachentscheidung angeklagter Mediziner genutzt wurden, gilt weiterhin als kontroverser Diskussionspunkt. Dazu heißt es:

*"Wissenschaftlich umstritten ist auch der Nutzen der Masken. Zwar konnten die Masken individuell eine Ansteckung hinauszögern, epidemiologisch jedoch war ihr Nutzen fragwürdig. Zu diesem Schluss kam eine Analyse der Cochrane-Gesellschaft, die 78 Studien ausgewertet hatte. Auch der Krisenstab des Robert-Koch-Instituts (RKI) hatte mehrfach über FFP2-Masken diskutiert. Wie aus den durch ein Leak bekannt gewordenen 'RKI-Protokollen' hervorgeht, waren die Wissenschaftler bezüglich der politischen Entscheidung der Maskenpflicht überaus skeptisch. Diese Skepsis war der Öffentlichkeit während der Pandemie nicht bekannt."*

Der Oldenburger Staatsrechtler Volker Boehme-Neßler kommentiert nach Präsentation der Fallzahlen und Gerichtsbeschlüssen, dass "unter Gerechtigkeitsaspekten die Urteile inakzeptabel sind", um weiter zu erklären:

*"Spätestens durch die 'RKI-Protokolle' wisse man, 'dass die Maskenpflicht weitgehend sinnlos war. Sie war also auch verfassungswidrig und hätte überhaupt nicht in Kraft gesetzt werden dürfen'. Boehme-Neßler hält eine Amnestie für angemessen: Ärzte, die die Atteste ausstellten, seien Bürgern zu Hilfe gekommen, 'die sich einer verfassungswidrigen Maßnahme erwehrten."*

Der für seine regelmäßig wechselbaren Wahrnehmungen bekannte FDP-Politiker und Jurist Wolfgang Kubicki kommentierte:

*"Selbst mit den besten Absichten ausgestellt, bleiben es vorsätzlich falsche Atteste. Es hat schon einen über Corona hinausgehenden Sinn, den Beweiswert solcher Atteste mit*

*Gesetzen zu schützen."*

Jakob Maske vom Berufsverband der Kinderärzte erklärte, dass eine Amnestie Verurteilter für ihn "ein verheerendes Signal" darstellen würde. Das Ausstellen eines falschen Attests sei "in keiner Weise akzeptabel". Im Artikel heißt es wörtlich:

*"Ausgelöst haben maßgeblich Denunzianten die Ermittlungen gegen Ärzte. Während der Pandemie waren es hauptsächlich Schulleiter und Polizisten, die die Mediziner gemeldet hatten."*

Der Hamburger Rechtsanwalt Sven Lausen, der Bruder des bekannten Datenanalysten Tom Lausen, der aktuell vier Mediziner vor Gericht vertritt, erklärte der *Welt*-Redaktion, dass "der Druck auf Ärzte während der Pandemie hoch war". Seine gegenwärtigen Klienten "hatten alle Hausdurchsuchungen, teilweise mehrfach" – eine zusätzliche Belastung, "die nicht alle verkraften" könnten. Lausen nennt das Beispiel:

*"Ein angesehener Arzt aus Hessen hat sich gleich nach Eröffnung des Verfahrens das Leben genommen".*

\* \* \*

## **Sacharowa verknüpft 50-Milliarden-US-Dollar-Kredit an Kiew mit Aussagen über Atomwaffen**

<https://dert.site/international/223727-sacharowa-verknuepft-50-milliarden-dollar-kredit-an-kiew-mit-aussagen-ueber-atomwaffen/>

27.10.2024

**Die Sprecherin des russischen Außenministeriums kommentierte die Einigung der G7-Länder über die Gewährung eines Kredits in Höhe von rund 50 Milliarden US-Dollar an die Ukraine. Sie meint, dass Kiew das Geld bekommt, damit Wladimir Selenskij nicht über Atomwaffen spricht.**

Die Ukraine wird von den G7-Staaten einen Kredit in Höhe von 50 Milliarden US-Dollar zulasten der Erträge aus russischen Vermögenswerten erhalten, um Äußerungen des ukrainischen Staatschefs Wladimir Selenskij über Atomwaffen für Kiew zu vermeiden. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa.

Mit diesen Worten kommentierte sie die Einigung der G7-Staaten in der Frage der Gewährung eines Kredits an die Ukraine in Höhe von rund 50 Milliarden US-Dollar, dessen Großteil und Zinsen mit Mitteln aus den Erträgen des eingefrorenen russischen Vermögens zurückgezahlt werden sollen.

Nach Angaben Sacharowas stellte Selenskij auf dem EU-Gipfel in Brüssel Mitte Oktober den westlichen Partnern ein Ultimatum, das den Beitritt der Ukraine zur NATO oder den Besitz von Atomwaffen vorsah. Die russische Diplomatin schrieb:

*"Selenskij wurde von seinen Handlangern bedrängt. Und nach einer Woche in Kiew gab er klein bei. Die offizielle 'Selenskij-Formel' hört sich nun so an: 'Die Ukraine wählt die NATO'. Sie haben ihm 50 Milliarden US-Dollar gegeben, damit er den Mund über Atomwaffen hält."*

Nach dem Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine froren westliche Länder das Vermögen der russischen Zentralbank in Form von Bargeld und Wertpapieren im Wert von rund 260

Milliarden Euro ein. Mehr als zwei Drittel davon befinden sich bei der belgischen Depotbank Euroclear. Das russische Finanzministerium schätzte das Volumen der eingefrorenen Vermögenswerte auf rund 300 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022.

Im Mai hatte die EU den Transfer von Erlösen aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten an die Ukraine genehmigt. Im Juni einigten sich das Vereinigte Königreich, Deutschland, Italien, Kanada, Frankreich, Japan und die USA auf einen Mechanismus zur Bereitstellung von 50 Milliarden US-Dollar für die Ukraine; die Regelung wurde am 20. Oktober genehmigt. Die G7-Länder planen, bis Ende des Jahres mit den Zahlungen an Kiew zu beginnen.

Der Kreml bezeichnete das Vorgehen der westlichen Länder als "Enteignung". Präsidentensprecher Dmitri Peskow versprach, Russland werde Vergeltungsmaßnahmen ergreifen, falls seine eingefrorenen Vermögenswerte zugunsten der Ukraine beschlagnahmt würden.

Im Frühjahr hatte Präsident Wladimir Putin einen Erlass unterzeichnet, der es Gerichten erlaubt, US-Vermögen in Russland als Ausgleich für die Beschlagnahme von russischen Vermögenswerten in den USA zu verwenden.

\* \* \*

## **UN-Warnung – Gesamte Bevölkerung im nördlichen Gazastreifen vom Tod bedroht**

<https://dert.site/der-nahe-osten/223844-un-warnung-gesamte-bevoelkerung-im/>

28.10.2024

**"Verstoß gegen grundlegende Menschenrechte und die Gesetze des Krieges", so der Vorwurf einer leitenden UN-Beamtin. Durch die Kriegsführung Israels bestehe für "die gesamte Bevölkerung des nördlichen Gazastreifens die Gefahr, zu sterben."**

Joyce Msuya, amtierende stellvertretende Leiterin der UN-Koordinationsstelle für humanitäre Angelegenheiten und UN-Nothilfekordinatorin, äußerte sich am Samstag in einem Beitrag auf X über die fatale Situation der Menschen im Gaza-Kriegsgebiet. Die UN-Beamtin erhob schwere Vorwürfe gegen die Kriegsführung seitens der Netanjahu-Regierung. Israel habe "Krankenhäuser in der Region angegriffen, medizinisches Personal festgenommen" und Ersthelfer daran gehindert, die unter den Trümmern eingeschlossenen Menschen zu retten. Den verbliebenen Menschen drohe der zeitnahe Tod.

"Was die israelischen Streitkräfte im belagerten Gazastreifen während ihres laufenden Krieges gegen die Hamas tun, darf nicht weitergehen", so die oberste humanitäre Beamtin der Vereinten Nationen. Msuya schreibt weiter wörtlich

*"Die gesamte Bevölkerung des nördlichen Gazastreifens läuft Gefahr, zu sterben."*

Weiter heißt es in ihrem X-Posting, dass "Unterkünfte geleert und niedergebrannt (...) Familien getrennt und Männer und Jungen lastwagenweise abtransportiert wurden". Zudem erklärt sie, dass "diese eklatante Missachtung grundlegender Menschenrechte und der Kriegsgesetze aufhören muss".

Der Chef der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Tedros Adhanom Ghebreyesus, schloss sich dieser Warnung am selben Tag an und äußerte seine tiefe Besorgnis über die "katastrophale Lage" in Gaza. Er wies ebenfalls auf die schwerwiegenden Auswirkungen der seit einem Jahr fortdauernden eskalierenden Ereignisse auf die Gesundheitsversorgung in der Region hin.

"Intensive Militäroperationen um und in den Gesundheitseinrichtungen und ein kritischer Mangel an medizinischen Hilfsgütern, der durch einen stark eingeschränkten Zugang noch verstärkt wird, entziehen den Menschen die lebensrettende Versorgung", so Ghebreyesus am Samstag in seinem X-Posting.

Der WHO-Chef nannte als Beispiel, dass das Kamal-Adwan-Krankenhaus in der Stadt Dschabaliya (Jabalia), eine der wenigen funktionierenden medizinischen Einrichtungen im nördlichen Gazastreifen, durch die israelischen Angriffe massiv in Mitleidenschaft gezogen wurde. Zudem stünden "nach der Verhaftung von 44 männlichen Mitarbeitern" nur noch eine begrenzte Anzahl von Mitarbeitern für die Versorgung von fast 200 Patienten zur Verfügung.

Lediglich "der Direktor des Krankenhauses, ein verbliebender Arzt und das weibliche Personal" könnten sich aktuell um die bedürftigen Menschen kümmern.

Das Gesundheitsministerium der palästinensischen Enklave erklärte, dass zuvor die israelischen Streitkräfte (IDF) das Krankenhaus gestürmt und Hunderte Mitarbeiter, Patienten und Vertriebene festgenommen hätten. Die fatale Situation stelle laut Ghebreyesus den bewussten "Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht" dar.

In einer IDF-Mitteilung aus der vergangenen Woche erklärte die israelische militärische Führung zu den wiederkehrenden Vorwürfen, dass die IDF lediglich "in und um die Einrichtung auf der Grundlage nachrichtendienstlicher Informationen über die Anwesenheit von Terroristen und terroristischer Infrastruktur in dem Gebiet operiert" habe. Weiter heißt es in der Mitteilung:

*"In den Wochen vor der Operation erleichterten die IDF die Evakuierung von Patienten aus dem Gebiet, während sie gleichzeitig die Notfallversorgung aufrechterhielten."*

Nach Angaben der Gaza-Gesundheitsbehörden wurden seit dem Beginn der brutalen, fortdauernden israelischen Angriffe im Oktober 2023 mehr als 42.000 Palästinenser getötet und fast 97.000 verwundet.

Die IDF hat die anhaltenden Vorwürfe von Kriegsverbrechen regelmäßig zurückgewiesen, um weiterhin zu argumentieren, dass die Hamas palästinensische Zivilisten als menschliche Schutzschilde benutze.

Mehr als ein Jahr nach Beginn des Konflikts wurden nach Schätzungen der Vereinten Nationen rund 90 Prozent der 2,3 Millionen Einwohner des Gazastreifens vertrieben, die meisten von ihnen mehrfach.

\* \* \*

## **Wahlkampf in Moldawien: Sandu stellt ihre Niederlage als Katastrophe dar**

<https://dert.site/europa/223963-wahlkampf-in-moldawien-sandu-stellt/>

29.10.2024

**Maia Sandu, die amtierende Präsidentin Moldawiens, beschreibt ihre Niederlage bei den kommenden Wahlen als eine Katastrophe für das Land. Ihr Opponent, Alexander Stoianoglo, bezeichnet Sandus Amtszeit indes als verheerend. Die Zeitung "Kommersant" kommentiert in einem Artikel die aktuelle Wahlkampagne.**

Am Montag hat die Zentrale Wahlkommission Moldawiens die Ergebnisse des EU-Referendums dem Verfassungsgericht des Landes vorgelegt. Das Resultat der Volksabstimmung, das parallel zu der ersten Runde der Präsidentenwahl stattfand, muss innerhalb der nächsten zehn Tage bestätigt oder abgelehnt werden. Damit wird die Entscheidung des Gerichtes bereits nach dem zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl am 3. November erklärt. Am Sonntag lieferten sich die zwei Kandidaten, das amtierende Staatsoberhaupt Maia Sandu und ihr Rivale Alexander Stoianoglo, ein TV-Duell, wobei sie einander vorwarfen, das Land in eine Katastrophe stürzen zu wollen. Der Journalist der russischen Zeitung *Kommersant*, Sergei Strokan, setzte sich in einem Artikel mit den politischen Ereignissen in Moldawien auseinander.

Laut den Dokumenten der Zentralen Wahlkommission betrug die Wahlbeteiligung im Rahmen des Referendums 50,72 Prozent. Auf die Frage, ob man die EU-Integration unterstütze, antworteten 749.719 Menschen mit "Ja", 739.155 Menschen mit "Nein". Der Abstand belief sich auf 10.564 Stimmen oder 0,75 Prozent der Beteiligten. Bei der Präsidentenwahl, die gleichzeitig mit dem Referendum organisiert wurde, erhielt Sandu eine Mehrheit von 42,49 Prozent der Stimmen. Der ehemalige Generalstaatsanwalt Stoianoglo ging mit 25,95 Prozent in die zweite Runde.

Der ehemalige Vorsitzende des Verfassungsgerichtes, Dumitru Pulbere, äußerte sich kritisch über die Präsidentenwahl und das Referendum. Strokan zitierte Pulberes Kommentar gegenüber dem TV-Sender *GRT*:

*"Die amtierende Präsidentin hat sich bereits in der ersten Runde als Präsidentin gesehen. Was das Referendum angeht, so war es eine Katastrophe. Ich glaube, die Verfälschung durch die Regierung und die Zentrale Wahlkommission ist offensichtlich. Wo sonst kann man sehen, wie der Ministerpräsident und seine Minister Propagandablätter für das Referendum und Sandu verteilen?"*

Stoianoglo griff bei dem TV-Duell zu dem Argument, dass Sandu das EU-Referendum nur organisiert habe, um ihre Anhänger zu konsolidieren. Damit habe sie aber eine Proteststimmung verursacht: Viele Menschen seien nicht zum Referendum erschienen oder hätten gegen die EU-Integration gestimmt.

Sandu antwortete darauf mit einer Reihe von Vorwürfen gegen Stoianoglo. Ihr Gegner sei "ein Trojanisches Pferd" und ein "Kandidat von Moskau". Sie warnte die Zuschauer, dass Stoianoglo im Falle seines Sieges "dem Willen verbrecherischer Elemente" folgen werde. In diesem Zusammenhang erwähnte sie den Leiter des verbotenen Parteienblocks Pobeda, Ilan Schor.

Für besondere Empörung sorgte Sandus Aussage, dass Schor ihr im ersten Wahlgang 300.000 Stimmen gestohlen habe. Stoianoglo forderte Beweise für diese Anschuldigung und fragte Sandu, warum sie angesichts eines massenhaften Stimmenkaufs durch Bestechung nicht die Aufhebung der Wahl verlange.

Weiter machte Stoianoglo auf die Ergebnisse von Sandus Präsidentschaft aufmerksam, die er als verheerend bezeichnete:

*"Während ihrer Amtszeit wurde in Moldawien nichts gebaut. Unternehmen verlassen das Land. Sie als Präsidentin brachten nur acht Gesetzesinitiativen ein. Sie wissen, wie man Institutionen schließt. Kindergärten, Schulen, Universitäten, TV-Sender, Webseiten. Ganze Unternehmen verlassen unseres Land. Was machen Sie damit, Frau Präsidentin?"*

Was die Lage um Transnistrien anbetrifft, erinnerte Stoianoglo daran, dass Sandu einen Sonderstatus der Region versprochen habe. Im Laufe ihrer Amtszeit habe sie sich aber nicht einmal

mit Vertretern Transnistriens getroffen. Falls Moldawien der EU ohne Transnistrien beitrete, verliere es die Region und seine Staatlichkeit.

Zum Abschluss der Debatte bat Stoianoglo die Präsidentin, die Ergebnisse der zweiten Wahlrunde anzuerkennen, wenn sie diese verlieren werde. Seinerseits versprach Stoianoglo, seine Anhänger zu keiner landesweiten Protestaktion aufzurufen. Sandu wies den Vorschlag zurück. Die Wähler sollten sie unterstützen, um "den Frieden zu bewahren" und "auf dem europäischen Weg" zu bleiben.

Der Vize-Vorsitzende des moldauischen Parlaments, Vlad Patrîncea, habe Sandus Rhetorik während der Debatte kritisiert, betonte Strokan. Sie und ihre Anhänger wollten mit ihrer Niederlage der Gesellschaft drohen. Ihre Blamage werde als Katastrophe für die Republik dargestellt, während Sandu alle "Fehler, Gesetzlosigkeit, Verwaltungsmisserfolge, Inkompetenz und Arroganz" ihrer Amtszeit nicht zugeben wolle.

In dieser Situation wird der Ausgang der Wahl davon abhängen, wen die Protestwählerschaft, die im ersten Wahlgang für Oppositionskandidaten gestimmt hatte, unterstützt: Stoianoglo oder Sandu. Bisher hätten drei ehemalige Präsidentschaftskandidaten dazu aufgerufen, nicht für Sandu zu stimmen, schrieb Strokan abschließend.

*Der Artikel von **Sergei Strokan** ist am 28. Oktober 2024 zuerst auf der Webseite der Zeitung Kommersant erschienen.*

\* \* \*

## **Teheran: Irans Raketenproduktion nach Angriff Israels nicht beeinträchtigt**

<https://dert.site/der-nahe-osten/224121-teheran-irans-raketenproduktion-nach-angriff/>

30.10.2024

**Die iranische Luftabwehr und die Fähigkeit zur Raketenproduktion wurden nach israelischen Angaben durch die Angriffe Israels geschwächt, wobei sie eine Veränderung des Kräftegleichgewichts darstellen dürften. Iran aber dementiert die israelische Darstellung.**

Die iranische Raketenproduktion sei nach den israelischen Luftangriffen auf das iranische Hoheitsgebiet am 26. Oktober nicht gestört worden, wurde der Verteidigungsminister Irans, Asis Nassirsadeh, am Mittwoch von staatlichen Medien zitiert.

Am Montag lobte Israels Verteidigungsminister Joaw Galant die israelischen Piloten, die mit ihren Luftangriffen als Reaktion auf den iranischen Raketenbeschuss vom 1. Oktober auf Israel die iranischen Produktionskapazitäten beeinträchtigten.

"Ihre Vorräte sind nun aufgebraucht, und das wirkt sich auf ihren Kalkül aus. Sowohl ihre Angriffs- als auch ihre Verteidigungskapazitäten sind geschwächt", sagte Galant.

Israels Angriff auf Iran hat vermutlich eine Basis der Revolutionsgarde beschädigt, die ballistische Raketen baut und Raketen als Teil ihres eigenen Raumfahrtprogramms startet, wie von *The Associated Press* am Dienstag analysierte Satellitenbilder zeigen.

Zwei amerikanische Forscher berichteten auch gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters*, dass israelische Luftangriffe Gebäude getroffen hätten, die Iran zur Mischung von Festbrennstoff für ballistische Raketen benutzte. Solche Industriemixer sind für Iran aufgrund der geltenden Sanktionen sehr schwer zu ersetzen.

"Der Feind hat versucht, sowohl unsere defensiven als auch unsere offensiven Systeme zu beschädigen, war aber nicht sehr erfolgreich, weil wir Vorkehrungen getroffen hatten und Bescheid

wussten", sagte der iranische Verteidigungsminister am Mittwoch.

Der israelische Angriff am Samstag wurde in drei Angriffswellen durchgeführt. Die nächtlichen Beschüsse galten iranischen Militäranlagen. Kernelement der Operation war es, die gegnerische Flugabwehr erst technisch zu unterdrücken und dann auszuschalten. In der ersten Angriffswelle attackierten die Israelis Luftverteidigungsstellungen in Syrien und in Iran, um so den Kampffjets der zweiten und dritten Welle den Weg zu ebnet, die Waffenproduktionsstätten und Militäranlagen im Iran angriffen.

"Die Raketenproduktion ist in Iran heimisch, sodass es keine Unterbrechung im Herstellungsprozess der Raketen gibt", sagte Nassirsadeh. Er fügte hinzu, das Land sei immer noch in der Lage, weitere Raketenangriffe auf Israel zu führen, wie am 1. Oktober und am 13. April geschehen.

\* \* \*

## **Manipulative "Faktenchecks" im ÖRR zum Thema NATO-Stützpunkt in Rostock und Zwei-plus-Vier-Vertrag**

<https://dert.site/inland/224285-deutsche-welle-und-ndr-taeuschen/>

31.10.2024

**Die mediale Darstellung des neuen NATO-Kommandos für die Ostsee in Rostock gestaltet sich für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk anscheinend weiterhin schwierig. Dem Finanzjournalisten Häring fielen inhaltliche Widersprüche zweier Sender auf. Die Beantwortung seiner Fragen ist erkenntnisreich.**

Erneut beschäftigt sich der Finanzjournalist Norbert Häring mit der Berichterstattung etablierter Medien zum neuen NATO-Kommando in Rostock, Mecklenburg-Vorpommern. Mit zeremoniellem Eröffnungstag samt Information auf der NATO-Webseite wurde die militärische Institution als ein weiteres "NATO-Hauptquartier" bezeichnet. Es folgte nach Hinweisen auf die geltenden Regelungen des Zwei-Plus-Vier-Vertrags die strategische, mediale "Umbenennung" in ein "nationales Marinehauptquartier". Häring verglich aktuell zwei Faktenchecks der Sender *Deutsche Welle* und *NDR*, dies mit überraschenden Inhalten und Reaktionen auf schriftliche Anfragen zu inhaltlichen Widersprüchen.

Häring erklärt einleitend, dass sich seine aktuellen Fragenkataloge auf einen "sogenannten Faktencheck des *NDR* vom 23.10." beziehen, in dem, wie in einem vorherigen Artikel seinerseits belegt wurde, "grob falsch behauptet wird, die Stationierung ausländischer Streitkräfte in Ostdeutschland oder deren Verlegung dorthin sei durch den Vertrag nur bis 1994 ausgeschlossen worden".

Weiter erinnert er, dass eine diesbezügliche NATO-Pressemittteilung, samt der Bezeichnung des Rostocker Kommandos als "NATO-Hauptquartier", klammheimlich "einfach gelöscht wurde". Der *NDR*-Faktencheck, "der Bericht mit dem Unsinn", sei nun trotz nachweislicher inhaltlicher Fehlinformationen weiterhin unverändert online für interessierte Bürger verfügbar. Häring schreibt:

*"Also fragte ich den vom NDR zitierten Sebastian Bruns, Experte für maritime Sicherheit und transatlantische Beziehungen an der Universität Kiel, ob er richtig [in dem Beitrag] zitiert worden sei, und wenn ja, wie seine Behauptung mit Abs.3 von Art.5 in Einklang zu bringen sei."*

Herr Bruns bestätigte, dass er seitens der *NDR*-Redaktion richtig zitiert wurde, um jedoch

zuzugeben, dass der Sender "den Nachsatz weggelassen hat, wonach er – Bruns – 'als Politikwissenschaftler und Marineexperte diese Beurteilung ganz gerne den Völkerrechtsexperten überlasse'". Häring erstes Resümee lautet zu Recht erkennend:

*"Der Hauptexperte, den der NDR für seinen Faktencheck in dieser Völkerrechtsfrage heranzieht, hat sich also dem Sender gegenüber selbst als Nichtexperte eingestuft."*

Des Weiteren gibt der Befragte demnach aufschlussreich in seiner Antwort zu Protokoll, dass "die Basis für seine Aussage ein Faktencheck der *Deutschen Welle (DW)* zum Thema gewesen sei". Final abrundend zum Thema der Lesertäuschung, durch einen laut Häring "vom NDR in Anspruch genommene Nichtexperten für Völkerrecht" erklärt dieser, dass er "Gespräche mit Rechtswissenschaftlern geführt habe, die mir – Bruns – näherbrachten, dass es in der Wissenschaft eine emotionale Auseinandersetzung über das Für und Wider der Klauseln im Vertrag gibt". Härings zweites Resümee lautet daher:

*"Mit anderen Worten: klare Wahrheiten gibt es hier offenbar nicht."*

Zu dem seitens des "NDR-Fachmanns" genutzten *DW*-Beitrag, den dort enthaltenen inhaltlichen Lesertäuschungen, schreibt der Finanzjournalist:

*"Die Faktenchecker von DW haben aber gar nicht behauptet, was Bruns meint, von ihnen gelernt zu haben. Sie haben nur durch sehr kunstvolles Arrangement der ebenso kunstvollen Formulierungen beim oberflächlichen Leser sehr stark den Eindruck erweckt, dass das Stationierungsverbot nicht mehr gelte. Zu ihrem Unglück gehören die NDR-Kollegen und Nichtexperte Bruns in die Kategorie der oberflächlichen Leser, die sich dadurch haben täuschen lassen."*

Häring zitiert dabei erweitert und sehr ausführlich in seinem Artikel nachweislich fragliche *DW*-Inhalte samt täuschenden Leserfehlinformationen, die er als einen bekannten Status quo bezeichnet, "eine bei dieser Art regierungshörigen Faktencheckern leider übliche Absurdität".

Zu dem wesentlichen Punkt, der manipulativen, fälschlichen Jahreszahlennennung 1994, heißt es:

*"Die Beschränkung, dass keine ausländischen Streitkräfte in Ostdeutschland stationiert oder dorthin verlegt werden dürfen, endete wegen des 3. Absatzes von Artikel 5 des Vertrags nicht [im Jahr 1994] und gilt auf unbegrenzte Zeit fort. Nur deutsche NATO-Truppen sind seither erlaubt."*

Härings Fazit und Kritik lautet daher, dass die Deutsche Welle, wie auch der NDR es in zwei sogenannten Faktenchecks zu einem völkerrechtlichen Vertrag nicht schaffen, "wenigstens einen Völkerrechtler oder auch nur Rechtswissenschaftler als Experten beizubringen". Weiter heißt es desaströs für die üppig subventionierten Sender:

*"Stattdessen schafft es DW durch irreführendes Arrangement von Aussagen, die Kollegen vom NDR zu täuschen. Diese geben daraufhin eine selbst für Laien fast offenkundige Falschinterpretation des Zwei-Plus-Vier-Vertrags als Wahrheit aus und bezeichnen auf dieser Basis entstehende Aussagen als falsch."*

Es sei daher "wirklich an der Zeit, dass die öffentlich-rechtlichen Sender ihre staatstragenden Faktencheckerteams endlich auflösen", damit solche leicht zu durchschauenden Manöver und inhaltlichen Täuschungen interessierten GEZ-zahlenden Bürgern zukünftig erspart bleiben.

Der Vorgang wäre zudem ein neuer Beleg "für die viel zu große Staatsnähe der Sender".

\* \* \*

## Analyse

### Westen bereitete für Georgien Schicksal der Ukraine vor

<https://dert.site/international/223397-westen-bereitete-fuer-georgien-schicksal-der-ukraine-vor/>  
25.10.2024

**Der Westen bot Georgien an, einen Krieg mit Russland zu beginnen und dann zum Partisanenwiderstand überzugehen. Der damalige Ministerpräsident lehnte es ab. Laut den Experten hätte die russische Armee Tiflis eingenommen, wenn Georgien eine zweite Front eröffnet hätte.**

*Von Andrei Restschikow und Dmitri Alexandrow*

Ein hochrangiger westlicher Beamter soll dem ehemaligen georgischen Ministerpräsidenten Irakli Garibaschwili vorgeschlagen haben, einen kurzen Krieg mit Russland zu beginnen. Dies erklärte Bidsina Iwanischwili, der Gründer und Ehrenvorsitzende der Regierungspartei Georgischer Traum. Es sei darauf hingewiesen, dass Garibaschwili von Februar 2021 bis Januar 2024 das Amt des Ministerpräsidenten innehatte und nun den "Traum" leitet. Wie ernst könnte ein Kriegseintritt Georgiens vor dem Hintergrund der russischen Sonderoperation sein und wie würde Russland darauf reagieren?

Iwanischwili zufolge hätte der militärische Konflikt drei oder vier Tage gedauert, danach hätte Georgien zum "Partisanenwiderstand" übergehen müssen. Solche Vorschläge hätten für das Land zu einer Katastrophe werden können, da "drei bis vier Millionen" georgische Bürger ihr Leben riskiert hätten, worauf Garibaschwili geantwortet habe: "Innerhalb von drei bis vier Tagen werden nicht alle getötet."

Wie Iwanischwili anmerkte, seien die Behörden nach diesem Vorschlag organisierter geworden und hätten begonnen, härter gegen solche Aufrufe vorzugehen.

In Georgien wurden wiederholt Versuche bestimmter Kräfte gemeldet, das Land in eine militärische Konfrontation mit Russland zu ziehen und eine "zweite Front" nach dem Ausbruch des bewaffneten Konflikts in der Ukraine zu eröffnen. Zugleich betonen die führenden Vertreter der Regierungspartei, dass eine Verwicklung in den Konflikt katastrophale Folgen für Georgien haben würde und dass es die Aufgabe der Regierung sei, den Frieden im Lande zu bewahren. Eine Woche vor den Parlamentswahlen ist dieses Thema von besonderer Bedeutung.

Wie Ministerpräsident Irakli Kobachidse anmerkte, werde nach dem Ende des Ukraine-Kriegs "das Interesse daran, dass Georgien eine 'zweite Front' eröffnet, sofort enden, und dies wird dazu beitragen, unsere Beziehungen zur EU und zu den Vereinigten Staaten neu zu gestalten". Inzwischen belegt die georgische Armee laut der jährlichen Bewertung des Global Firepower Index 2024 den 84. Platz von 145 Ländern. Das Ranking berücksichtigt die Anzahl der militärischen Einheiten, die finanzielle Situation, die logistischen Fähigkeiten und die geografische Lage des Landes.

Aus den Daten des Rankings geht auch hervor, dass die georgische Armee deutlich hinter der Armee Aserbaidschans liegt, die auf Platz 59 steht, aber die armenische Armee (Platz 102) übertrifft. Der Haushalt des Verteidigungsministeriums belief sich in diesem Jahr auf 511 Millionen US-Dollar, das sind um 40 Millionen US-Dollar mehr als im Jahr zuvor. Das Land modernisiert

auch aktiv seine militärische Infrastruktur.

Experten sind sich einig, dass Georgien im Falle der Eröffnung einer "zweiten Front" innerhalb von ein paar Tagen schnell besiegt worden wäre, wie im Krieg im August 2008, aber Russland musste damals zusätzliche Kräfte und Ressourcen einsetzen. Genau darauf wollte der Westen angesichts des Konflikts in der Ukraine setzen.

Der ehemalige georgische Generalstabschef Guram Nikolaischwili erklärte, dass "mögliche Vorschläge oder Andeutungen externer Kräfte, das Land in militärische Operationen einzubeziehen, darauf abzielen könnten, bestimmte Kräfte der russischen Armee für eine Weile abzulenken, was jedoch zu katastrophalen Folgen für Georgien geführt hätte". Nikolaischwili betonte:

*"Russland bräuchte mehrere Stunden, um ganz Georgien zu blockieren – Häfen, strategische Autobahnen, Luftwege. Einheiten, die sich auf abchasischem und südossetischem Gebiet befinden, wären eingesetzt worden, möglicherweise auch Einheiten, die in Georgiens Nachbarschaft stationiert sind. Natürlich wäre der Westen Georgien nicht zu Hilfe gekommen. Das haben wir 2008 gesehen."*

Russland könnte Georgien "leicht den Krieg erklären, wenn Tiflis mit irgendwelchen Operationen beginnen würde", so der pensionierte Militärkommandeur. Falls nötig, könnte Moskau seine gesamte Macht einsetzen – Raketenstreitkräfte, Luftfahrt, Marine, hieß es.

Nikolaischwili betonte, er möchte hoffen, dass "der Westen in der Tat versteht, dass der Eintritt Georgiens in militärische Operationen für ihn nicht günstig ist". Dann werde der Westen Georgien verlieren. Der Gesprächspartner erinnerte auch daran, dass "die Ukraine, die Hilfe wollte, offen gesagt hat, dass Georgien in den Krieg ziehen könnte".

In dieser Situation, meint er, "verhält sich Aserbaidschans Präsident Ilham Alijew, der zwischen verschiedenen Interessen balanciert, klug". Der ehemalige Generalstabschef betonte:

*"Es ist nicht leicht für Alijew, aber er hat einen Partner wie die Türkei, und er bewahrt Neutralität. Und wir haben keinen solchen Partner, wir müssen unsere staatlichen Interessen selbst verteidigen."*

Seiner Meinung nach "funktioniert deshalb die Botschaft des regierenden Georgischen Traums – 'Nein zum Krieg, wählt den Frieden' – während der Vorbereitung zu den Wahlen sehr gut", wenn die Menschen die Zerstörung in der Ukraine und das friedliche Leben in ihrem Heimatland vor Augen hätten. Andrei Klinzewitsch, Leiter des Zentrums für das Erforschen von militärischen und politischen Konflikten, äußerte sich dazu wie folgt:

*"Natürlich wäre Georgien nicht in der Lage, Abchasien oder Südossetien zu erobern, aber um Spannungen zu erzeugen und unsere Truppen aufzuhalten, um ein zusätzliches Druckmittel in die Hand zu bekommen – hier wäre ein gewisser Erfolg möglich."*

Hätten die Georgier einen Partisanenkrieg begonnen, so hätte dieser nach Ansicht des Experten "lange andauert". Weiter hieß es:

*"Was ist die Partisanenbewegung unter modernen Bedingungen? Tagsüber verkauft ein Mensch Brot, und nachts legt er Sprengstoff. Die Aktivitäten der Partisanen im Untergrund sind unaufhörliche terroristische Aktionen. Daher wäre es schwierig, diesen Prozess zu stoppen."*

Ihm zufolge "wären wir destabilisiert worden, und man hätte eine beträchtliche Anzahl von Truppen entsenden müssen, um georgisches Territorium zu kontrollieren, womit die westlichen Strategen gerechnet haben". Im Gegenzug hätte Russland nicht nur Gori im Osten des Landes, sondern auch Tiflis erreichen können, "aber alles hätte von der Menge der damals verfügbaren Kräfte und Mittel abgehängen". Klinzewitsch fügte hinzu:

*"Es ist klar, dass Georgien nicht die Ukraine ist, die lange Zeit darauf vorbereitet wurde. Wir könnten also den Feldzug von 2008 wiederholen, als sich unsere fortgeschrittenen Einheiten bereits in der Nähe von Tiflis befanden, aber dieses Mal würden wir einmarschieren. Aber dieses Gebiet zu kontrollieren, wäre für uns schwierig, da wir viele Kräfte und Ressourcen einsetzen müssten."*

Der Militärexperte Boris Dschereliewski stimmt zu, dass der Eintritt Georgiens in einen kurzen Krieg einen zusätzlichen Spannungsherd für Russland schaffen und die Abzweigung von Truppen aus dem Hauptkonfliktgebiet in der Ukraine erfordern würde:

*"Wir sind schon jetzt gezwungen, unsere gesamte West- und Nordgrenze sowie einen Teil der Südgrenze unter starker Kontrolle zu halten."*

Der Gesprächspartner erläuterte, dass der Westen "nicht erwartet, dass die Ukrainer oder Georgier uns überhaupt besiegen, sondern so viele Konflikte wie möglich entfachen will". Er fügte hinzu:

*"Auf Kosten des Lebens ihrer Handlanger geht es darum, unsere Kräfte zu erschöpfen, das Image eines Aggressors in den Augen der Weltgemeinschaft zu schaffen. Ein Krieg ist immer eine gute Gelegenheit, uns etwas vorzuwerfen."*

Was die Konfrontation mit den georgischen Untergrundkämpfern betreffe, so "haben die russischen Sicherheitsbehörden die größte Erfahrung im Kampf gegen den Terrorismus", so der Experte. Dschereliewski erinnerte:

*"Nach dem georgisch-abchasischen Konflikt von 1992 bis 1993 wurden terroristische Organisationen gegründet, die im gebirgigen Swanetien [einer historischen Region im Nordwesten Georgiens] ansässig waren und auf dem Gebiet Abchasiens operierten, indem sie Geiseln nahmen, Terroranschläge und Sabotageakte verübten. Natürlich war das lästig, aber es hat kein unlösbares Problem geschaffen."*

Gelajews berühmter Überfall von der Pankissi-Schlucht auf die Kodori-Schlucht, "als Eduard Schewardnadse [der damalige georgische Staatschef] tschetschenische und arabische Terroristen anwarb, um Abchasien anzugreifen", könne als ähnlich angesehen werden, hieß es. Der Gesprächspartner betonte, "bei diesem Überfall wurden Zivilisten getötet, aber die Abchasen haben die Herausforderung ohne große Schwierigkeiten auf der Ebene ihrer Kämpfer gemeistert. So würde es auch jetzt sein".

*Andrei Restschikow ist ein Wsgljad-Journalist.*

*Dmitri Alexandrow ist Journalist.*

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 22. Oktober 2024 zuerst auf der Webseite der Zeitung Wsgljad erschienen.*

\* \* \*

## **BRICS: Wie China und Indien in Kasan Russland das größte Geschenk gemacht haben**

<https://dert.site/international/223560-brics-wie-china-und-indien-in-kasan-russland-das-groesste-geschenk-gemacht-haben/>

26.10.2024

**Viele westliche Beobachter des BRICS-Gipfels in Kasan dürften enttäuscht sein. Die nicht-westliche Staatenvereinigung erweist sich, anders als von ihnen erhofft, als ebenso stabil wie flexibel. Indien und China sind dabei, bestehende Spannungen abzubauen. Das Dreieck Moskau-Neu-Delhi-Peking wird gestärkt.**

*Von Pjotr Akopow*

Heute wird der BRICS-Gipfel in Kasan mit einem erweiterten Treffen abgeschlossen, an dem 13 Länder teilnehmen, deren Beitrittsanträge ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Weitere Länder äußern einen ähnlichen Wunsch, sodass die BRICS in absehbarer Zeit mehrere Erweiterungswellen erleben werden. Es ist noch gar nicht so lange her, dass die Gruppe die "Fünf" war, jetzt sind es die "Neun", aber jeder erinnert sich und weiß, welche Länder am Anfang des Prozesses standen – Russland, China und Indien. Mit dem RIC-Format begannen die BRICS im Jahr 2003, während die Idee, die drei großen eurasischen Mächte zu vereinen, bereits 1998 von Jewgeni Primakow vorgebracht wurde.

Damals hatte die russische Elite noch kein richtiges Verständnis nicht nur unserer geopolitischen Interessen, sondern auch des Platzes Russlands auf der Welt, aber strategisch und national denkende Staatsmänner wie das Akademiemitglied Jewgeni Primakow (der damals das Außenministerium leitete) erkannten, dass es aussichtslos war, auf die Integration des postsowjetischen Russlands in den Westen oder gar auf eine strategische Partnerschaft mit ihm zu bauen. Russland musste sich auf den Osten konzentrieren, sowohl aufgrund nationaler Interessen als auch aus dem Wunsch heraus, eine neue, postwestliche Weltordnung aufzubauen. China und Indien sollten neben Russland die drei Kräfte sein, die diese Ordnung vorantreiben und die nicht-westliche Welt um sich herum konsolidieren könnten.

Dieses Konzept wurde sowohl von unseren westlichen Mitbürgern als auch von westlichen Geopolitikern stets kritisiert, und zwar nicht nur, weil es absolut nicht in ihrem Interesse lag. Viele waren der Meinung, dass die Widersprüche zwischen den drei Mächten so tief und vielfältig sind, dass ihre Annäherung nur vorübergehend und situativ sein kann: Ja, sie wollen den Einfluss des Westens in den für sie wichtigen Regionen der Welt begrenzen oder sogar seinen Anteil an der Globalisierung verringern, aber früher oder später werden sie miteinander kollidieren (auch im Kampf um Einflussphären), sodass die Angelsachsen das Entstehen einer Einheitsfront nicht-westlicher Mächte unter Führung Moskaus, Pekings und Neu-Delhis im Allgemeinen nicht fürchten müssen.

Der Glaube des Westens an die Unmöglichkeit eines russisch-chinesischen strategischen Bündnisses hielt fast bis zum Beginn unserer Operation in der Ukraine an – heute ist es nicht einmal mehr üblich, sich daran zu erinnern, dass dies ein vorherrschendes Konzept unter den Angelsachsen war. Obwohl China kein offener militärischer Verbündeter Russlands geworden ist, weiß jeder, wer auf welcher Seite der Barrikaden steht. Die Erwartung, dass Peking die strategischen Beziehungen zu Russland für taktische Vorteile in der wachsenden Konfrontation mit den Vereinigten Staaten opfern würde, ist offen gesagt gescheitert.

Natürlich hat der Westen seine Versuche, einen Keil zwischen Moskau und Peking zu treiben, nicht

aufgegeben, aber er tut dies nun in der Hoffnung auf eine langfristige Perspektive. In der Zwischenzeit liegt das Hauptaugenmerk darauf, die Widersprüche zwischen Peking und Neu-Delhi auszuspielen, weshalb es an dieser Stelle einiges zu tun gibt.

Darüber hinaus ist der Territorialstreit, der den größten Stolperstein auf dem Weg der chinesisch-indischen Annäherung darstellt, ein Erbe der Kolonialzeit, der britischen Herrschaft über Indien und der Versuche Londons, sich auch das chinesische Tibet zu unterwerfen. Mit anderen Worten: Erst haben sie Minen gelegt, und jetzt versuchen sie, mit den Widersprüchen zu spielen.

Im Jahr 1962 zogen sie sogar gegeneinander in den Krieg, der zu einem Zeitpunkt stattfand, als die engsten Bündnisbeziehungen zwischen Moskau und Peking bereits einen tiefen Riss erlitten hatten (und dann in eine Konfrontation abglitten) und die Sympathien und Bindungen zwischen Moskau und Neu-Delhi nur noch zunahmen. In den folgenden mehr als zwei Jahrzehnten gab es im Wesentlichen zwei Seiten im Dreieck Moskau-Neu-Delhi-Peking: China gegen die UdSSR und Indien. Peking begann erst Mitte der 1980er-Jahre, Beziehungen zu Moskau und Neu-Delhi aufzubauen, aber selbst da war noch nicht von einem trilateralen Format die Rede: Die UdSSR brach bald zusammen, in Moskau lag die Macht in den Händen der prowestlichen Elite, und Neu-Delhi blieb gegenüber chinesischen Initiativen misstrauisch. Ein echtes Dreieck bildete sich daher erst zu Beginn dieses Jahrhunderts heraus, als die Führungen aller drei Länder seine Bedeutung erkannten.

Gleichzeitig waren Peking und Neu-Delhi nicht in der Lage, territoriale Streitigkeiten beizulegen, obwohl seit der Machtübernahme durch Xi Jinping im Jahr 2012 und durch Modi im Jahr 2014 starke, strategisch denkende Führungspersonlichkeiten an der Spitze beider Länder stehen. Das heißt, sie haben erkannt, dass Grenzstreitigkeiten und Konflikte nur den Gegnern beider Länder in die Hände spielen und es dem Westen ermöglichen, Neu-Delhi mit der "chinesischen Expansion" Angst einzujagen und den BRICS-Staaten Steine in den Weg zu legen. Xi und Modi haben sich mehrfach getroffen, auch in einem besonderen, informellen Format, bei gegenseitigen Besuchen. Aber das letzte Treffen dieser Art hatte im Herbst 2019 in Südindien stattgefunden, und dann brach die Pandemie aus.

Und kurz nach deren Beginn, im Mai/Juni 2020, kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Streitkräften beider Länder an der Grenze im Himalaya – danach fanden keine gegenseitigen Besuche mehr statt. Hinzu kommt, dass Xi und Modi seither nicht ein einziges Mal zusammengetroffen sind – sie haben sich zwar ein paarmal auf internationalen Foren gesehen und geplaudert, aber keine offiziellen Gespräche geführt.

Deshalb ist es so wichtig, dass am Mittwoch am Rande des Gipfels von Kasan das erste Treffen zwischen dem chinesischen Präsidenten und dem indischen Premierminister seit fünf Jahren stattfand. Und am Tag zuvor war bekannt geworden, dass in den letzten Wochen Diplomaten und Militärs beider Länder Gespräche geführt und Vereinbarungen über Mechanismen von Grenzpatrouillen (oder besser gesagt, über die tatsächliche Kontrolllinie) getroffen hatten, was bedeutet, dass die Situation wieder so ist wie vor den Zusammenstößen vor vier Jahren. Es liegt auf der Hand, dass dies eigens eingerichtet wurde, um formelle Gespräche zwischen Xi und Modi zu ermöglichen – und eine solche Vereinbarung ist an sich schon ein äußerst wichtiger Erfolg.

Die Stärkung des indisch-chinesischen Vertrauens ist für Russland und die nicht-westliche Welt von großer Bedeutung, weshalb das Treffen zwischen Xi und Modi in Kasan so wichtig ist. Letztlich sollten die USA daran gehindert werden, die Beziehungen im RIC-Dreieck zu beeinflussen – und dies wäre ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der BRICS.

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist zuerst am 24. Oktober 2024 auf RIA Nowosti*

erschienen.

\* \* \*

## Der Winter zwingt Selenskij zur Änderung seiner Rhetorik

<https://dert.site/meinung/223534-der-winter-laesst-selenskij-anders-reden/>

27.10.2024

**Wladimir Selenskij schlug vor, dass Moskau zustimmen solle, Energieanlagen nicht anzugreifen. Zuvor waren die entsprechenden Verhandlungen durch ukrainischen Einmarsch in das Gebiet Kursk behindert worden. Was hat sich seither geändert, und warum ist seine Rhetorik nun anders?**

*Von Anastassija Kulikowa und Jewgeni Posdnjakow*

Wladimir Selenskij hat einen möglichen "ersten Schritt" zu einem Waffenstillstand mit Russland genannt. In einem Interview mit der *Financial Times* sagte er, dass eine gegenseitige Weigerung Kiews und Moskaus, die Energieinfrastruktur anzugreifen, zur Deeskalation beitragen könnte. Er fügte hinzu:

*"Könnte dies zum Ende der heißen Phase des Krieges führen? Ich denke ja."*

Zur gleichen Zeit, im August, schrieb die *Washington Post*, dass die Ukraine und Russland in Katar über die Einstellung des Beschusses von Energieanlagen diskutieren wollten. Das Treffen der Delegationen fand jedoch nicht statt: Vor dem Hintergrund des Einsatzes der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet Kursk weigerte sich Moskau, zu verhandeln.

Dabei hatte man sich angeblich große Hoffnungen in die Veranstaltung gesetzt. Doha wollte als Vermittler zwischen den Parteien auftreten. Die endgültige Vereinbarung wurde von den drei Staaten zwei Monate lang diskutiert. Es war geplant, dass das Treffen als Beginn der Entwicklung eines umfassenden Abkommens zur Beendigung des Konflikts dienen würde.

Die russische Führung lehnte jedoch die Durchführung von Verhandlungen zu diesem Thema in Katar ab. So erklärte der Pressesprecher von Wladimir Putin, Dmitri Peskow, dass es keine Gespräche gegeben habe. Die gleiche Information wurde auch von der offiziellen Vertreterin des Außenministeriums Maria Sacharowa bestätigt.

Die Äußerungen Selenskij in seinem Interview mit der *Financial Times* sind ein weiteres Beispiel für die "ukrainische Diplomatie", mit der Kiew hofft, alle auf der Stelle zu täuschen, so der politische Analyst Alexei Tschesnakow. Seiner Einschätzung nach versucht der Gegner lediglich, den "Energiekollaps" vor der Heizperiode hinauszuzögern. Der Experte schlussfolgert:

*"Die ukrainischen Behörden haben den Sommer über nichts Sinnvolles getan, trotz millionenschwerer Finanzspritzen aus dem Westen. Selbst wenn man davon ausgeht, dass Russland im Winter aufhört, kritische Infrastrukturen anzugreifen, wird es für Selenskij äußerst schwierig sein, ohne größere Erschütterungen durch den Winter zu kommen."*

Er unterstreicht:

*"Und die Tatsache, dass die russischen Streitkräfte die Ukraine in letzter Zeit vor allem mit Drohnen angreifen und Raketen lagern, deutet darauf hin, dass es eine Reserve gibt, die es ermöglichen würde, das Land in einen totalen Blackout zu stürzen."*

Selenskij's Äußerungen sind zudem ein Versuch, die westlichen Partner zu beschwichtigen. Der politische Analyst glaubt:

*"In Europa wächst die Müdigkeit über den Konflikt. Die Staats- und Regierungschefs vieler Länder üben offensichtlich Druck auf die ukrainische Führung aus, ihre Position aufzuweichen. Deshalb versucht Kiew, ein imaginäres Abkommen zu demonstrieren, das natürlich nichts mit einer echten friedlichen Lösung zu tun hat."*

Er ironisiert:

*"Wäre Selenskij offener gewesen, hätten seine Worte zudem wie folgt geklungen: 'Russland, du darfst uns noch nicht angreifen, denn wir haben von den USA noch immer nicht die versprochene Menge an Langstreckenraketen und die Erlaubnis erhalten, dein Territorium damit zu treffen.'"*

Tschesnakow schreibt:

*"Es ist absolut sicher, dass die gegenseitige Ablehnung von Angriffen auf die Energieinfrastruktur für Selenskij eine vorübergehende Lösung ist, die ihm Raum geben würde, den Druck auf seine Partner zu erhöhen. Deshalb sollte Moskau in dieser Frage nicht mit Kiew mitgehen. Die Ukraine hat sich als Verhandlungspartner völlig diskreditiert."*

Auch der Militärkorrespondent Alexander Koz bezeichnet die Aussagen Selenskij's als Lügen. Seiner Meinung nach steht dieser Vorschlag in direktem Widerspruch zum "Friedensplan", der europäischen Politikern kürzlich "mit großem Pomp" vorgestellt wurde. Außerdem habe Russland selbst zuvor eine ähnliche Idee geäußert. Er glaubt:

*"Sergei Schoigu hat mitgeteilt, dass Moskau bereit sei, einen ähnlichen Vorschlag der Türkei zu akzeptieren. Und was ist mit der Ukraine? Erst schien sie zuzustimmen, dann griff sie das Gebiet Kursk mit dem Ziel an, das Kernkraftwerk Kursk in ihre Gewalt zu bringen. Nichts wird die Ukraine daran hindern, uns erneut zu 'verarschen'."*

Koz warnt auch davor, dass eine Einigung mit Selenskij in dieser Frage das Ende der "heißen Phase des Krieges" nur verzögern wird. Er unterstreicht:

*"Wir dürfen nicht vergessen, dass Energie das Lebenselixier des militärisch-industriellen Komplexes ist."*

*Vor dem Hintergrund des Triumphs des BRICS-Gipfels in Russland wirken solche Aussagen rein politisch. Kiew hat erkannt, dass es die Agenda verliert, und beschlossen, sie anzuführen. Sie sagen: Lasst alle dort über unsere neue 'Friedens'-Initiative diskutieren, nicht über diese neue Weltordnung von euch. Euer Energie-'Waffenstillstand' riecht übel."*

Kiew hat bereits zugegeben, dass bis zu 90 Prozent der thermischen Stromerzeugung im Land zerstört sind, erinnert sich Wladimir Skatschko, Kolumnist des Nachrichtenportals Ukraine.ru. Er fügt hinzu:

*"Und der Winter steht vor der Tür. Wenn die russischen Streitkräfte mehrere starke Angriffe starten, könnte das nukleare Segment nicht ausreichen, um den gesamten Bedarf zu decken."*

Seiner Meinung nach "haben die Kiewer Behörden kein Mitleid mit den Menschen, die

möglicherweise ohne Wärme und Licht dastehen werden". Selenskij und sein Büro machen sich eher Sorgen darüber, dass "ohne Energie der militärische Teil der Industrie zum Erliegen kommt", stellte Skatschko klar. Der Experte glaubt:

*"Und das wird die Ukraine näher an die Katastrophe und eine mögliche Kapitulation bringen."*

Es gibt jedoch noch eine andere Erklärung für Selenskij's Aussage über die Einstellung der Angriffe auf Energieanlagen. Skatschko merkte an, dass die Erklärung genau zu dem Zeitpunkt abgegeben wurde, als sich die Staats- und Regierungschefs der BRICS-Länder und die Gäste der Veranstaltung in Kasan versammelten. Der Gesprächspartner sagte:

*"Natürlich sind diese Worte nicht zufällig. Es ist klar, dass der Ukraine-Konflikt auf verschiedenen Verhandlungsebenen in der Hauptstadt von Tatarstan diskutiert wird."*

Es ist wichtig, an dieser Stelle den Imagewandel Selenskij's in den Augen des Globalen Südens festzuhalten – vom "Opfer" zum "Aggressor".

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, darunter der Angriff der ukrainischen Streitkräfte auf das Gebiet Kursk, der das Kernkraftwerk in Kurtschatow gefährdet. Dazu gehören auch die regelmäßigen feindlichen Angriffe auf die Anlagen des Kernkraftwerks Saporoschje und die Schaffung von Gefahren für den Transit von Energieträgern.

Mit anderen Worten: Selenskij kämpft einerseits weit über den Rand des Wahnsinns hinaus und versucht andererseits, die Reste der ukrainischen Energiewirtschaft auf raffinierte Weise zu verschleiern, damit sie im Interesse der Rüstungsindustrie und der ukrainischen Streitkräfte funktionieren können. Der politische Analyst glaubt:

*"Vor diesem Hintergrund 'jagt er der Welle hinterher' und versucht, sich zum Anführer der Friedensagenda zu machen."*

Selenskij läuft jedoch Gefahr, der Verlierer in diesem geopolitischen Spiel zu sein. Der Gesprächspartner bezweifelt, dass es ihm gelingen wird, Russland und die BRICS-Staaten zu überlisten. Skatschko schloss:

*"Die Staats- und Regierungschefs der Vereinigung haben sich bereits auf eine Position zur Ukraine geeinigt, die in der Abschlusserklärung des Gipfels von Kasan zum Ausdruck kommt."*

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 23. Oktober 2024 zuerst bei der Zeitung Wsgljad erschienen.*

**Anastassija Kulikowa** ist Journalistin und SMM-Redakteurin der Zeitung Wsgljad.

**Jewgeni Posdnjakow** ist ein russischer Journalist, Fernseh- und Radiomoderator.

\* \* \*

## Ukraine und "zivilisierter" Westen von "Gelber Gefahr" bedroht? – Teil I

<https://dert.site/international/223892-ukraine-und-zivilisierter-westen-von/>

28.10.2024

**Anfang der Woche wetteiferten im kollektiven Westen zunehmend hysterische Berichte über die angebliche Entsendung von 12.000 Mann Kampftruppen aus der DVRK zur Unterstützung der Russen an der Front im Ukraine-Krieg. In diesem Zweiteiler wird gezeigt, weshalb diese Darstellung nicht stimmen kann, und hinterfragt, was die CIA mit der Bestätigung diese Nachricht bezwecken könnte.**

*Von Rainer Rupp*

Bevor wir auf dieses aufregende Narrativ aufspringen, sollten wir uns zuerst fragen, von wem diese Hysterie auslösende Nachricht stammt. Laut US-Medien hat der südkoreanische Geheimdienst die Geschichte als erster in die Welt gesetzt, die prompt von der CIA bestätigt wurde. Aber wenn Geheimdienste sich an die Öffentlichkeit wenden, dann steckt immer mehr dahinter, als man mit bloßem Auge erkennen kann. Auch im konkreten Fall gibt es einiges, was misstrauisch machen sollte:

**Erstens**, die CIA hat nie freiwillig Spionageerfolge mit anderen Nachrichtendiensten geteilt, es sei denn, sie wollen sich damit selbst absichern, z.B. wenn sie wissen, dass die angebliche "Erfolgsnachricht" manipuliert ist und als Fake entlarvt werden könnte. In dem Fall ist es gut, jemanden zu haben, dem man dann die Schuld in die Schuhe schieben kann. Ein Musterbeispiel dafür ist der berühmt-berüchtigte Fall des irakischen Überläufers mit dem Kodennamen "Curve Ball". Er war vom deutsche BND an die CIA weitergereicht worden, weil er behauptet hatte, angebliche Beweise für die Existenz mobiler irakischer Bio-Waffen-Labore zu haben. Gegen Geld und Asyl hatte er die Info zuerst dem BND angeboten, dessen Experten jedoch die Echtheit der angebotenen Info bezweifelten.

Die Weiterreichung von "Curve Ball" an den CIA war begleitet von der deutschen Warnung, dass es sich bei dem irakischen Überläufer höchstwahrscheinlich um einen Betrüger handelte, der mit gefälschten Informationen Asyl bekommen und Geld machen wollte. Die deutsche Warnung störte die CIA jedoch nicht im Geringsten, denn die gefälschten Infos von "Curve Ball" waren genau das, was die CIA und die George-W.-Bush-Regierung zur Rechtfertigung ihres geplanten, brutalen, unprovokierten, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Irak gesucht hatten.

Erst Jahre später, nach Hunderttausenden von toten und verstümmelten irakischen Zivilisten und Millionen Geflüchteten, wurde die Erkenntnis publik, dass man in Irak keine Massenvernichtungswaffen und keine mobilen Bio-Waffenlabore gefunden hatte, weil es dort keine gab. Auch "Curve Ball" wurde beschuldigt, frei erfundene Informationen geliefert zu haben. Die Schuld für das "Curve Ball"-Debakel schoben die Amis, bzw. die CIA, allerdings den Deutschen in die Schuhe. Dasselbe kann den Südkoreanern blühen, wenn sich herausstellt, dass zwar eine militärische Einheit aus der DVRK zu Lernzwecken nach Russland, aber nicht als Kampftruppe an die Front in der Ukraine geschickt wurde.

**Der zweite Punkt**, der stutzig macht, ist die Reihenfolge, in der die Nachricht bekannt gemacht wurde. Denn die entscheidende Information kam von einem eher unbedeutenden Nachrichtendienst eines kleinen asiatischen US-Vasallenstaates. Die Info wurde dann sofort von der mächtigen und "allwissenden" CIA bestätigt und an die Medien durchgestochen. Dieser Vorgehensweise der Amerikaner bin ich in meinem 16 Jahren in gehobener Position in der Politischen Abteilung des NATO-Hauptquartiers in Brüssel immer wieder begegnet, sowohl auf politischer als auch auf

nachrichtendienstlicher Ebene.

Nur zu gerne schickten nämlich die Amerikaner kleine NATO-Länder vor, um in jeweils zuständigen NATO-Ausschüssen mit neuen "Erkenntnissen", "Entdeckungen" und Forderungen aufzuwarten, die dann mit der ganzen Autorität und Macht der amerikanischen Delegation unterstützt wurden. Auf diese Weise wurde zumindest nach außen der Eindruck vermieden, dass so gut wie alle neuen Initiativen und Forderungen von Washington direkt durchgedrückt wurden. Zugleich konnten die Medien von den echt demokratischen Zuständen in der NATO berichten, wo auch die Sorgen und Initiativen der kleinen Mitgliedsländer von den großen USA Gehör fanden.

**Drittens, was grundsätzlich immer** misstrauisch machen sollte, ist, wenn die CIA die Öffentlichkeit informiert, was nichts anderes bedeutet als die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen und zu manipulieren. Wann immer die CIA an die Öffentlichkeit geht, sollte man an die lange Liste von Lügen denken, mit denen Washington in der Vergangenheit seine militärischen Überfälle, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gerechtfertigt hat, zum Beispiel:

- An den gefakten Vorfall im Golf von Tonkin, der Washington als Rechtfertigung diente, um den Bombenkrieg gegen die nordvietnamesischen Städte zu beginnen.
- An die "Zeugenaussage" vor dem US-Kongress über die frei erfundene Geschichte von den neugeborenen Babys in einem Krankenhaus in Kuwait, die angeblich von bestialischen irakischen Soldaten aus ihren Brutkästen gerissen und auf den Boden geworfen wurden. Die Story war der Auslöser für den ersten US-Krieg gegen Irak 1990.
- An die angeblich von der CIA bewiesenen "Yellow-Cake"-Einkäufe von Saddam Husseins in Afrika. Dabei handelt es sich um ein uranhaltiges Vorprodukt zur Herstellung von Atomwaffen. Mit dieser Lüge "bewies" die CIA, die von der Bush-Regierung behauptete nukleare Aufrüstung Iraks. Alles war frei erfunden aber entsprechend glaubhaft manipuliert worden.

Die Liste ließe sich abendfüllend komplettieren, aber der Leser versteht sicher, was gemeint ist. Daher gilt als Regel Nummer eins: Wenn die CIA öffentliche Erklärungen abgibt, dann ist etwas faul an der Sache. Das heißt nicht, dass alles frei erfunden ist. Denn falsche Geschichten enthalten am besten wahre Elemente, die nachprüfbar sind. Das gilt jedoch nicht für die Kernelemente eines falschen Narrativs. Aber auch diese falschen Kernelemente werden von der Agency derart massiert, umgedeutet und wieder zusammengesponnen, dass einerseits die beabsichtigte politische Wirkung erzielt wird und andererseits Otto Normalverbraucher kaum eine Chance hat, Wahrheit von Lügen zu unterscheiden. Was erst recht der Fall ist, wenn alle Leitmedien in Nachrichten und Kommentaren ins selbe Propagandahorn stoßen und das falsche Narrativ als das einzig wahre präsentieren.

Nehmen wir z.B. den vorliegenden Fall, wonach angeblich 12.000 Mann Kampftruppen aus der DVRK zur Unterstützung der Russen entsandt worden sind. Da Putin diese Nachricht in einer Pressekonferenz am Rande des BRICS-Gipfels nicht dementiert hat, ereifern sich seither unsere Staats- und privaten Konzernmedien darüber, dass die Nachricht der Wahrheit entspricht. Dabei kann es dafür eine ganz einfache Erklärung geben.

Denkbar ist z.B. – vor allem weil die US-Amerikaner es bereits vorgemacht haben –, dass auch die Führung der DVRK ausgesuchte militärische Spezialisten in die Etappe hinter dem Frontverlauf der Ukraine schickt, um dort von den Erfahrungen der russischen Soldaten in den neuen Kampfaktiken mit Aufklärungs- und Kampfdrohnen sowie die Interaktion und kombinierten Reaktionen der verschiedenen Waffengattungen zu lernen. Zu diesem Zweck schickt laut eigenen Angaben auch das Pentagon seit mindestens Anfang 2024 kleine Gruppen von Spezialisten hinter die Front ins

Kriegsgebiet auf ukrainischer Seite. Und was den Amis recht ist, kann den Nordkoreanern billig sein, zumal auch sie, ebenso wie die Russen, das Ziel ständiger militärischer Provokationen der USA sind.

Die Amis haben immer noch etwa 50.000 Soldaten in Korea stationiert, mit denen Washington Jahr ein, Jahr aus in Großmanövern, gemeinsam mit seinem südkoreanischen Vasallen Angriffe gegen die DVRK übt. In Osteuropa ist das nicht anders, wo das US-Militär mehrfach im Jahr mit seinen NATO-Vasallen an den Grenzen Russlands den Krieg übt. Da kann man gut nachvollziehen, dass auch die Nordkoreaner von den Russen hinter der Front die neuen Taktiken lernen wollen, um im Drohnenkrieg und den neuen Taktiken denselben Kenntnisstand zu haben wie die aggressiven Amis, von denen sie ständig bedroht werden.

Aber genau an dieser Stelle, wenn wir uns nämlich die moderne, teils revolutionäre Taktik der russischen Kriegsführung in der Ukraine ansehen, wird deutlich, dass das CIA-Narrativ von der Entsendung tausender Soldaten aus der DVRK zur Unterstützung der Russen an der Front in der Ukraine falsch sein muss. Denn wie bereits erklärt, führt Russland seine Militärische Sonderoperation in der Ukraine mit der Taktik der "Combined Arms Operation" aus, das heißt mit einer komplexen Interaktion verschiedener Waffengattungen und einer kombinierten, schnellstmöglichen Reaktionen auf eine neue Bedrohung. In einer solchen perfekt aufeinander abgestimmten Kampfmaschine haben fremde Truppen keinen Platz; sie würden nicht helfen, sondern nur gefährden. Hiernach wird erklärt warum.

Den Russen ist es an verschiedenen Abschnitten in der Ukraine gelungen, die Zeitspanne zwischen der Entdeckung, bzw. Identifizierung eines neuen, mehrere Kilometer entfernten Ziels und dessen Zerstörung auf 5 Minuten zu reduzieren. Das ist die bisherige Bestzeit, die nicht immer erreicht wird, aber immer öfter. Hier ein Beispiel: Ein ukrainischer Panzer wartet einige Kilometer hinter der Front auf einen Einsatzbefehl und hat am Wegrand unter Bäumen eine nur unzureichende Deckung gefunden. Er wird von einer Aufklärungsdrohne entdeckt, die Koordinaten werden automatisch der Zentrale gemeldet und das Objekt wird als Feind identifiziert. Jetzt beginnt die ebenfalls bereits teilweise automatisierte Abklärung, welche geeigneten Waffensysteme in Reichweite des Ziels in diesem Moment der Einsatzleitung zur Zerstörung des Panzers zur Verfügung stehen, z.B. eine in Wartestellung unweit des Ziels in der Luft kreisende, bewaffnete Drohne, oder ein in der Nähe operierender Kampfhubschrauber oder mobile Bodeneinheiten mit Panzerabwehrraketen, oder Präzisionsschüsse der Artillerie, etc.

Die Entscheidung welches Waffensystem für die Aufgabe am besten geeignet ist, muss blitzschnell getroffen und der Einsatzbefehl muss von der ausführenden Einheit ebenso schnell umgesetzt werden. Denn die Zeit ist hierbei der kritische Faktor, weil der Panzer zerstört werden muss, bevor er sich wieder in Bewegung setzt. Letzteres würde die Aufgabe seiner Eliminierung erschweren, weil der Einsatz bestimmter Waffensysteme, wie z.B. indirekter Artilleriebeschuss auf bewegliche Ziele, nicht mehr in Frage kommt und auch mobile Bodeneinheiten mehr Probleme hätten.

**In Teil II** gehen wir der Frage nach: Warum diese westliche Hysterie über Nordkoreaner an der russischen Grenze zu Westeuropa? Auch gehen wir der ironischen Frage nach, ob die West-Eliten befürchten, dass die DVRK und China das westliche Vorbild in der globalen Terrorismusbekämpfung nachahmen könnten.

\* \* \*

## US-Wahlen 2024 und die fatale "Objektivität" deutscher Medien

<https://dert.site/inland/223856-us-wahlen-2024-und-fatale/>

28.10.2024

**Am 5. November wird in den USA gewählt. Die deutsche Medienlandschaft steht dabei offensiv subjektiv und mehr als treu an der Seite der Demokraten und ihrer Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris. Donald Trump bleibt weiterhin das personifizierte Böse.**

*Von Joseph Turner*

Führende deutsche Medienhäuser samt ihren Redaktionen echauffieren sich in Kommentaren in den sozialen Medien und jüngsten Leitartikeln über die vermeintlich manipulierende, dabei bitte vehement zu kritisierende Macht des X-Besitzers und bekennenden Trump-Unterstützers Elon Musk. Bezogen auf die eigene Berichterstattung und unmissverständliche Positionierung im Hinblick auf den US-Wahlkampf 2024 werden dabei keinerlei auffällige Widersprüche erkannt oder revidiert.

So musste *Der Spiegel* seine Leser gefühlt davor warnen, dass Musk "angeblich seit 2022 regelmäßig Kontakt zu Putin" habe, um zwei Tage später ähnlich halbwissend zu melden, dass "der Studienabbrecher Elon Musk offenbar gegen das US-Einwanderungsgesetz verstieß".

Ein exemplarisches Beispiel für die oben genannte Realität ist das mittlerweile gelöschte X-Posting des *Spiegel*-Journalisten Markus Feldenkirchen, der in einer seltenen Schrecksekunde und Erkenntnis dann doch noch realisierte, welchen offenbarenden Text er zur Diskussion kurzzeitig veröffentlicht hatte:

*"Wie ist es bei Euch? Bei mir kommen eigentlich nur noch Posts und Videos in der Timeline vor, die nahelegen, dass Kamala Harris eine Komplettversagerin ist. Und ich frage mich, ob der X-Chef und Trump-Unterwürfling Elon Musk die Algorithmen so programmiert hat, dass dies so ist."*

Es war laut X-Posting 23:58 Uhr im Hause Feldenkirchen, als Zeitpunkt der innersten Ehrlichkeit, vielleicht auch etwas angetütet auf einem Barhocker formuliert, dazu überambitioniert in der selbstbewussten Eigenvermarktung. Das Problem für kritische Mitbürger – bei parallel erfolgter Betrachtung des themenbezogenen *ARD*- und *ZDF*-Programms, bei Betrachtung von Kiosk-Schlagzeilen von Tageszeitungen und Magazinen –, genau so ist es, jedoch bloß 180 Grad andersherum, in der schlichten Alltagswahrnehmung.

So lauteten aktuelle, bewusst gewählte Schlagzeilen deutscher Redaktionsstuben zum Übersee-Wahlkampf in den USA:

- *Süddeutsche Zeitung*: Und erlöse uns – Kamala Harris ist die Einzige, die die Welt noch vor Donald Trump retten kann. Sicher ist das nicht.
- *Zeit Magazin*: Kann sie Amerika retten? Kamala Harris, die wichtigste Frau der Welt.
- *ZDF, Illner-Talk*: Wehrlos ohne die USA: Ließe Trump uns mit Putin allein?
- *Deutsche Welle*: *ARD*-Deutschlandtrend: Breite Zustimmung für Kamala Harris
- *Stern-Magazin*: Die Erlöserin? In Rekordzeit hat Kamala Harris Begeisterung ausgelöst. Ihr wahrer Kampf aber beginnt erst jetzt.

Mit "erst jetzt" ist natürlich nicht gemeint, dass diese Frau, die das Nicht-Niveau einer Annalena

Baerbock schockierenderweise noch um Längen unterbieten kann, seit 2020 mitverantwortlich, desinteressiert wirkend als US-Vizepräsidentin und simulierende Politikerin mit Weltformat, zum Niedergang der USA wesentlich beigetragen hat. Zu der Person ihres greisen "Partners in Crime", Joe Biden, sei nur das völlig bizarre, ja irre Zitat des Demokratie-Heuchlers und der präsidentialen Witzfigur Frank-Walter Steinmeier vom 18. Oktober 2024 zitiert:

*"Ihr Anstand ist ein Licht, das weithin strahlt. Die Herzen meiner Landsleute hat es ganz gewiss erreicht [...] Für Deutschland war, ist und bleibt die Freundschaft zu den Vereinigten Staaten existenziell wichtig – existenziell sowohl für unsere Sicherheit als auch für unsere Demokratie."*

Wenig existenziell dienlich gestaltet sich nun parallel die seit Jahren fortdauernde Berichterstattung der hiesigen Medienlandschaft, dies zum Thema "Glaubwürdigkeit" und vollkommen verkümmerten Resten eines ehemals journalistischen Eigenanspruchs, ohne die seit Jahren (aus)gelebte Anbiederung an die amtierende Bundespolitik. Zwei exemplarische *n-tv*-Schlagzeilen aus den Jahren 2016 und 2024:

So fragte die *ARD-Tagesschau* vollkommen ernst gemeint in ihrer Überschrift vom 27. Oktober, ob die "USA reif für eine schwarze Präsidentin sind?", weil nur die so wichtige "Diversität" den politischen Markt der Neuzeit regelt, nicht die Qualifizierung als Politikerin. Denn eine Isabell Karras, von der *ARD*-Redaktion in Washington, erkennt als dringlichste Fragen der Gegenwart für US-Bürger im Jahr 2024:

*"Doch wie beharrlich sind Sexismus und Rassismus? Wenn es nach Donald Trump geht, wird Kamala Harris nicht die erste Präsidentin der USA. Mit seiner Art, das auszudrücken, verrät Trump viel darüber; wieso Harris als schwarze Frau vor anderen Herausforderungen im Wahlkampf steht als er, ein weißer Mann. Bestes Beispiel: Trumps absichtlich falsche Betonung ihres Vornamens oder die Angriffe auf ihr Lachen."*

US-Medien berichten jedoch genau darüber, was die *ARD*-Journalistin im fernen Deutschland als vermeintlichen Aufreger verkaufen will. So arbeitet Harris im Wahlkampf "glänzend", für viele US-Bürger irritierend, mit unterschiedlichen Akzenten der jeweiligen Regionen ihrer Auftritte.

Zum Thema der "lachenden Harris" sei nüchtern angemerkt: Was kann inhaltliche Unsicherheiten und politische Luftnummern besser kaschieren, als ein herzhaftes "spontanes" Lachen, oder wie es J.D. Vance, der Vize-Kandidat der Republikaner, so schön formulierte:

*"Es ist das Lachen von jemandem, der gerade in dein Auto gefahren ist und nun versucht, es irgendwie wieder in Ordnung zu bringen."*

Trump gilt seit rund 15 Jahren als das personifizierte Böse, der Garant für den Untergang der USA, für deutsche Medien als der nachweisliche Totengräber der "transatlantischen Allianz und Partnerschaft". Der Spiegel wusste bereits im Januar dieses Jahres, als "Szenario" verkauft, was den USA und der Welt nach einem möglichen Wahlsieg des Republikaners droht:

*"Sein Wahlsieg würde die Welt verändern, wie keine andere Wahl nach dem Zweiten Weltkrieg. Donald Trump und seine Getreuen haben die Demokratie zum Feind erklärt und wollen das Bündnissystem des Westens zertrümmern. Auf Europa kämen unberechenbare Zeiten zu."*

Seitdem und bereits davor haben die USA unter dem Disaster-Team Biden-Harris dem treuen Partner Deutschland den Energie-Genickbruch verabreicht, Milliarden US-Steuer Gelder in die

Ukraine investiert, um hunderttausenden jungen Menschen darüber frühzeitig den Tod auf dem Schlachtfeld zu garantieren, und unterstützen aktuell zu 100 Prozent – hier auch seitens eines Donald Trump – den brutalen, inhumanen Völkermord der Israelis im Gazastreifen, mit blutiger Erweiterung Richtung Libanon und...

Zeitgemäß liefern ein medienkritischer und ein satirischer X-Blog, nicht der hiesige Qualitäts-Journalismus, den mehr als bedenklichen, dabei überhaupt nicht lustigen Status quo medialer Wahrnehmungen, rund acht Tage vor den US-Wahlen:

*"Frage: Wenn Trump gewinnt, dann sind Elon Musk, Fake News und Hass & Hetze schuld, korrekt?"*

*Antwort: Wenn Trump gewinnt haben circa 170 Millionen Amerikaner gegen die Demokratie gestimmt. Wenn Harris gewinnt haben circa 170 Millionen Amerikaner für die Demokratie gestimmt."*

Ein weiterer X-Nutzer ergänzte nüchtern-reflektiert: "Putin vergessen?".

\* \* \*

## Hintergrund Georgien: Wirtschaftswachstum und der Georgische Traum

<https://dert.site/europa/223995-hintergrund-georgien-wirtschaftswachstum-und-georgische/>  
29.10.2024

**Die Gründe für den Wahlerfolg der Partei Georgischer Traum sind schnell erläutert. Es liegt nicht an russischer Einmischung und nicht an Wahlmanipulation. Die Partei sorgt mit kluger Außen- und Wirtschaftspolitik für Wachstum und Wohlstand. Die Wähler setzen auf die Fortsetzung des Kurses.**

*Von Gert Ewen Unger*

Sowohl die EU als auch die USA zweifeln die Wahl in Georgien an. In die Geschichte des angeblichen Wahlbetrugs wird die im Westen übliche Verschwörungserzählung der Einflussnahme Russlands eingesponnen. Die Berichterstattung der deutschen Medien bedient einmal mehr Narrative, statt sich um Objektivität zu bemühen und zu analysieren. Dabei gibt es für den Wahlerfolg der bisherigen und künftigen Regierungspartei Georgiens "Georgischer Traum" eine ebenso plausible wie einfache Erklärung, bei der man zudem keine russische Verschwörung gegen die Demokratie erfinden muss.

Die Partei Georgischer Traum ist seit 2012 an der Regierung – mal in Koalition, mal als alleinige Regierungspartei. Zunächst stand die Partei für eine Annäherung an die EU. Inzwischen hat sich der Wind gedreht, das Verhältnis zur EU ist belastet. Mit dem Verbot von LGBT-Propaganda und der Registrierungspflicht von NGOs und Medien, die aus dem Ausland finanziert werden, verstößt Georgien gegen die Werte der EU, ist das Argument, mit dem der Annäherungsprozess seitens der EU auf Eis gelegt wurde. Die USA haben zudem Sanktionen gegen Georgien verhängt, die EU prüft, ob sie nicht ebenfalls zum Mittel der Sanktionierung greifen will. Man übt Druck aus. Die Partei Georgischer Traum wurde zum Problem, das die EU-Eliten gerne entsorgen wollen.

Allerdings sind die Gründe für die Entfremdung weniger in der LGBTQ-Politik, sondern vielmehr in der Wirtschafts- und Außenpolitik des Landes zu finden. Georgien fährt seit Jahren einen wirtschaftspolitisch sehr erfolgreichen Kurs, legen die Zahlen des Internationalen Währungsfonds offen.

Das Wachstum betrug im Jahr 2023 und auch im laufenden Jahr 7,5 Prozent. Die Arbeitslosigkeit erscheint mit 14,5 Prozent nur auf den ersten Blick hoch. Im Jahr 2012 als Georgischer Traum die Regierungsverantwortung übernommen hat, lag die Arbeitslosenquote bei 26,7 Prozent. Sie sinkt seitdem kontinuierlich. Eine Ausnahme gab es lediglich im Coronajahr.

Mit dem BIP wächst die Kaufkraft. Das heißt, die Menschen profitieren von der Wirtschaftspolitik durch wachsenden Wohlstand. Die Inflation ist mit 1,1 Prozent unter Kontrolle, die Staatsverschuldung mit 38,2 Prozent des BIP ebenfalls. Die makroökonomischen Indikatoren sind gut. Dieser Erfolg fiel nicht vom Himmel.

Der Partei Georgischer Traum gelang es offenkundig, eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik umzusetzen. Dieser Erfolg ist auch einer klugen Außenpolitik geschuldet. Das Land hat rechtzeitig erkannt, dass eine einseitige Anbindung an die EU für Georgien nicht vorteilhaft ist. Georgien trägt die Russland-Sanktionen nicht mit. Russland ist im Gegenteil weiterhin wichtiger Handelspartner. Zwar drängt die EU auf Umsetzung der Sanktionen, Georgien hat sich dem jedoch bisher weitgehend entzogen. Das Sanktionsregime hatte daher bisher keinen negativen Einfluss auf den Handel zwischen Georgien und Russland. Im Gegenteil stieg das Handelsvolumen kontinuierlich an.

Auch zu China konnte Georgien seine Beziehungen kontinuierlich auf- und ausbauen. Ein aktuelles, wichtiges Projekt ist der Bau des Tiefseehafens in Anaklia. Ein chinesisches Konsortium baut in Kooperation mit Georgien einen wichtigen Knotenpunkt, der Georgien zum Umschlagplatz im mittleren Korridor des chinesischen Seidenstraßenprojekts macht. Die Bedeutung Georgiens für den Handel zwischen Asien und Europa wird daher zunehmen.

Georgien verfolgt eine kluge und vor allem souveräne Außen- und Wirtschaftspolitik im Interesse des Landes und seiner Bürger. Mit einer Vertiefung der Beziehung zur EU wäre der wirtschaftspolitische Erfolg vorbei, denn eine Annäherung an die EU würde bedeuten, dass Georgien die Russland-Sanktionen umsetzen und sich am Handelskrieg mit China beteiligen müsste. Beides ist nicht im Interesse des Landes.

Vor diesem Hintergrund ist jedoch klar, dass die Wähler der Partei Georgischer Traum eine völlig rationale und interessengeleitete Wahlentscheidung getroffen haben. Sie haben sich für Stabilität und die Beibehaltung des eingeschlagenen Kurses entschieden, weil sie davon profitieren. Die Vertiefung der Beziehung zur EU hätte für Georgien und seine Bürger ganz offenkundig nachteilige Effekte.

Der Grund für den Wahlerfolg der Partei Georgischer Traum liegt nicht in russischer Einmischung, sondern in ihrer klugen Politik. Die wirtschaftlichen Kennzahlen machen das sichtbar. Umso bizarrer ist, dass westliche Politik und die mit ihr verbundenen Medien statt klarer Analyse eine Verschwörungserzählung auf-tischen, die mit der Realität nichts zu tun hat. Die Realität ist schlicht, dass die EU vor allem durch ihr autoritäres Drängen zu bedingungsloser und selbstschädigender Gefolgschaft an Attraktivität einbüßt. Der georgische Wähler hat das verstanden, die Politiker der EU-Länder dagegen noch nicht.

\* \* \*

## Amerika enthüllt Selenskijs geheime Wünsche

<https://dert.site/europa/224074-amerika-enthueellt-selenskijs-geheime-wuensche/>  
30.10.2024

**Die USA haben geheime Details von Selenskijs Plan zum Einsatz von Tomahawk-Raketen preisgegeben. Warum tun sie das? Experten sehen darin einen Hinweis darauf, dass Washington die Initiative des ukrainischen Machthabers für gescheitert hält.**

*Von Jewgeni Posdnjakow*

Einer der Punkte des Plans von Wladimir Selenskij sieht in einem geheimen Anhang die Übergabe von US-Tomahawk-Raketen an die ukrainischen Streitkräfte vor. Diese Initiative ist nach Ansicht der US-Behörden unrealistisch. Die Entscheidung der westlichen Massenmedien zur Offenlegung der Details von Selenskijs Plan ist nach Expertenmeinung auch als Hinweis des Weißen Hauses zu werten, dass seine Initiative völlig gescheitert sei.

Einer der geheimen Punkte des Plans von Wladimir Selenskij enthielt ein Gesuch um die Lieferung von Tomahawk-Marschflugkörpern, so *The New York Times (NYT)* unter Berufung auf eigene Quelle. Doch die USA hielten diesen Wunsch für gänzlich undurchführbar, sagt ein hoher US-Beamter.

"Die Tomahawk-Raketen haben eine Reichweite von 2.414 Kilometern (1.500 Meilen), siebenmal mehr als die ATACMS-Raketensysteme, die die Ukraine dieses Jahr erhalten hat. Und die Vereinigten Staaten haben nur eine begrenzte Anzahl dieser Systeme geschickt", berichtet die *NYT* und bezeichnet Selenskijs Vorschlag insgesamt als "unrealistisch".

Zur Erinnerung: Mitte Oktober stellte Selenskij seinen "Siegesplan" öffentlich vor, zunächst vor der Werchowna Rada und dann vor dem Europäischen Rat. Dort nannte er den EU-Vertretern fünf Hauptpunkte, die seiner Meinung nach umgesetzt werden sollten, um in der Konfrontation mit Russland eine Überlegenheit zu erreichen.

Der dritte Punkt der Initiative sieht die Stationierung eines "umfassenden nichtnuklearen strategischen Abschreckungspakets" auf dem Territorium der Ukraine vor. Seiner Meinung nach sollte eine solche Maßnahme Moskau in ein Dilemma stürzen: Entweder man geht zur Diplomatie über oder erleidet erhebliche militärische Verluste.

Hierzu gibt es einen geheimen Anhang, den Selenskij an die Staatsführung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Deutschlands, Italiens und Frankreichs übergab. Damals schlug die Zeitung *Wsgljad* vor, dass Selenskijs Formulierung durch die Mittel- und Kurzstreckenraketen Tomahawk und SM-6 sowie die Typhon-Raketenwerfer ergänzt werden könnte, was die Amerikaner bestätigten.

Wadim Kosjulin, Leiter des Zentrums am Institut für aktuelle internationale Probleme der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums, erklärt:

*"Die USA ändern ihre Position gegenüber dem Konflikt in der Ukraine radikal. Eine Konfrontation mit Moskau durch die ukrainischen Streitkräfte erscheint ihnen nicht mehr erfolgversprechend: Sie haben ihre Vorteile bereits erhalten. Daher strebt das Weiße Haus keine Ausweitung der Kampfhandlungen an."*

Der Experte betont:

*"Washington handelt schrittweise: Es schiebt die Verantwortung für die ukrainischen Streitkräfte auf Europa ab und kürzt die Finanzierung für die Ukraine. Und in dieser Situation verärgert Selenskij's übermäßig ehrgeiziger Plan die USA. Insbesondere deshalb, weil die Ansprüche unseres Gegners keineswegs gering sind."*

Übrigens wird dies durch die Materialien der westlichen Presse bestätigt. So schreibt die *New York Times*:

*"Die amerikanischen Beamten äußerten sich inoffiziell etwas verärgert über Selenskij's Plan und bezeichneten ihn als unrealistisch und fast vollständig von westlicher Hilfe abhängig."*

Ferner sagten die vier US-Beamten, Selenskij sei über Joe Bidens Weigerung verblüfft gewesen, Langstreckenangriffe tief in Russland zu genehmigen, obwohl der US-Präsident zuvor routinemäßig ukrainischen Ersuchen zugestimmt hatte – dies war beim Einsatz von Abrams-Panzern, F-16-Kampffjets und ATACMS-Raketen der Fall. Kosjulin weiter:

*"Es ist nicht auszuschließen, dass die ukrainischen Streitkräfte tatsächlich Tomahawk-Raketen von den Amerikanern angefordert haben könnten. Allerdings wäre eine solche Lieferung selbst für die Vereinigten Staaten äußerst schwierig. Die Übergabe von Raketen allein ist halb so schlimm, es ist jedoch auch notwendig, den Verbündeten Trägersysteme für diese Raketen zur Verfügung zu stellen. Ohne diese wird selbst die stärkste Munition nur ein Haufen Eisen sein."*

Die Tomahawk-Raketen könnten von Typhon-Bodensystemen aus abgefeuert werden. Allerdings herrscht in den USA ein akuter Mangel an diesen Systemen. Natürlich könnte die Ukraine vorschlagen, dass man ihr Seeträger wie zum Beispiel Atomkreuzer zur Verfügung stellen könnte, aber es wäre naiv, eine solche "Großzügigkeit von Washington zu erwarten", betont der Experte:

*"Möglicherweise wollte Selenskij ein Nullsummenspiel spielen: Er hat absichtlich eine so absurde Forderung nach Waffenlieferungen an das Weiße Haus gerichtet. Meiner Meinung nach rechnete er damit, dass er diese Punkte des Plans von sich aus "enthüllen" würde, falls die ukrainischen Streitkräfte einen deutlichen Rückzug antreten würden."*

"Mit anderen Worten: Selenskij wollte es dem Westen heimzahlen, indem er sagte: 'Wir haben nur verloren, weil ihr uns nicht die nötige Militärausrüstung zur Verfügung gestellt habt.' Die Vereinigten Staaten haben jedoch die Nase vorn, und die Veröffentlichung in der *NYT* nimmt Selenskij nicht nur diese Gelegenheit zum Manövrieren, sondern entwertet auch seine vorgeschlagene Initiative als Ganzes", fügt der Gesprächspartner hinzu und weist auf das folgende Zitat hin:

*"Angesichts der sinkenden Unterstützung des Westens, der Verluste an der Ostfront und im Gebiet Kursk sowie der bevorstehenden Wahlen in den USA, die eine radikal andere Politik gegenüber der Ukraine bedeuten könnten, hat Selenskij möglicherweise keine anderen Optionen mehr: Die Ukraine wird einen Deal eingehen müssen und den Ukrainern einen geeigneten Sündenbock geben – den Westen."*

Kosjulin warnt:

*"Sollten jedoch Tomahawk-Raketen und ihre Träger in der Ukraine auftauchen, steht Russland vor einer wirklich riesigen Herausforderung. Diese Munition könnte möglicherweise eine nukleare Komponente enthalten. Mit anderen Worten: Die Bedrohung*

*muss noch vor dem ersten Abschuss beseitigt werden – und das ist eine erhebliche Eskalation."*

Die Entscheidung der Amerikaner, den Anhang zum dritten Punkt des Selenskij-Plans zu enthüllen, kann jedoch auch als ein Element des Drucks auf Moskau betrachtet werden, meint der Militärexperte Alexander Bartosch, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Militärwissenschaften:

*"Durch die erneute Demonstration der ukrainischen Ambitionen erhält Russland einen Hinweis auf die potenzielle Konfliktentwicklung. Aber gleichzeitig stellt dies einen Versuch dar, Selenskij in seine Schranken zu weisen. Ich erinnere daran, dass er sich sehr bemüht hat, seine Initiative geheimnisvoll zu gestalten. Jetzt wurden diese Bemühungen von NYT-Journalisten zunichtegemacht, die dem Weißen Haus nahestehen. Ich denke, Bidens Team hat dies absichtlich zugelassen, da die ukrainische Führung weiterhin eine inadäquate Linie 'bis zum Sieg' verfolgt."*

Bartosch weiter:

*"Allerdings handelt es sich bei Tomahawk-Raketen um ernst zu nehmende Waffen, deren Einsatz in einem Konfliktgebiet das Kampfbild drastisch verändern würde. Ich glaube nicht, dass Washington wirklich zu diesem Schritt bereit ist. Darüber hinaus ist er technisch schwierig zu realisieren. Neben den Trägersystemen müssten die Amerikaner auch technisches Personal in die Ukraine entsenden."*

Das Resümee des Experten:

*"Es müssen Zielkanoniere und Ingenieure eingesetzt werden, die Erfahrung mit diesen Waffen haben. Aber ihre Einbindung wird einen ganz anderen Grad der Beteiligung des Weißen Hauses an dem Konflikt bedeuten. Daher werden die Wünsche von Wladimir Selenskij wohl unerfüllt bleiben."*

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 29. Oktober 2024 zuerst auf der Seite der Zeitung Wsgljad erschienen.*

\* \* \*

## **"Erreicht sogar den Ural": Pentagon diskutiert über ein neues "Geschenk" für Kiews Armee**

<https://dert.site/international/224149-erreicht-sogar-ural-pentagon-diskutiert/>

31.10.2024

**Wie nun bekannt wurde, umfasst eine der bisher geheimen Forderungen von Selenskij's "Siegesplan" die Lieferung von Tomahawk-Raketen an die Ukraine. Aber wird Washington die damit einhergehende Eskalation mit Russland riskieren? Oder will Selenskij der eigenen Bevölkerung damit nicht eher zeigen, er habe alles versucht?**

*Von Dawid Narmanija*

Obwohl weniger als zwei Wochen vergangen sind, seit Selenskij seinen "Siegesplan" vorgestellt hat, sind dessen geheime Punkte, die man in Kiew auch lieber vor der Öffentlichkeit geheim halten wollte, bekannt geworden. Die westlichen Politiker lassen Informationen über die Medien durchsickern. Was Kiew zu verheimlichen hat, ob es überhaupt die Sicherheit gewährleisten kann

und ob die Wünsche der ukrainischen Machthaber prinzipiell realisierbar sind, steht in diesem Bericht von *RIA Nowosti*.

## "Den Schleier herunterreißen"

Der öffentlich zugängliche Teil von Selenskijs Plan umfasste fünf Punkte:

- Unverzügliche Einladung der Ukraine in die NATO;
- Fortsetzung der westlichen Waffenlieferungen und Genehmigung von Langstreckenraketenangriffen tief nach Russland hinein;
- Stationierung eines "umfassenden nichtnuklearen strategischen Abschreckungspakets" in der Ukraine nach dem Krieg, das ausreicht, um "jede militärische Bedrohung durch Russland abzuwehren";
- Abschluss einer Reihe von Wirtschafts- und Investitionsabkommen mit dem Westen für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg;
- Einsatz der ukrainischen Armee als fortgeschrittene militärische Kraft in Europa.

Und es gab noch drei weitere Punkte, die Selenskiij geheim hielt. Allerdings nicht für lange.

Für das "Leck" sorgte letztlich die *New York Times (NYT)* in den USA. Der Kiewer Machthaber versuche seit mehreren Wochen, europäische und amerikanische Politiker zur Unterstützung seines sogenannten "Siegesplans" zu bewegen, was aber nicht gelungen sei, so die Zeitung.

Die *NYT* schrieb:

*"Bisher hat kein Staat Angriffe mit seinen Langstreckenraketen auf Militärziele tief in Russland genehmigt. Und keine Großmacht hat öffentlich die NATO-Einladung der Ukraine unterstützt, während der Krieg weitergeht. Selenskijs Lobbying-Tour durch die Vereinigten Staaten und Europa in den vergangenen sechs Wochen kann als Fehlschlag betrachtet werden."*

Einem ungenannten hochrangigen US-Beamten zufolge wurde der dritte Punkt – die nichtnukleare Abschreckung – durch das Ersuchen ergänzt, Kiew mit Tomahawk-Marschflugkörpern auszustatten. Der Informant selbst bezeichnete dies als "völlig undurchführbar".

## Auf See und an Land

Die Raketen der Tomahawk-Serie sind seit langem eines der Symbole der US-amerikanischen Macht. Sie wurden im Golfkrieg, in den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien, bei Angriffen auf den Irak in den 1990er Jahren und bei der Irak-Invasion in den 2000er Jahren, in Libyen und in Syrien in den Jahren 2017 und 2018 in großem Umfang eingesetzt.

Im Jahr 2023 – vier Jahre nach Aussetzung des Abkommens – testeten die USA jedoch das bodengestützte Typhon-System mit Tomahawks. Sie erklärten diese Waffensysteme für voll einsatzfähig. In diesem Jahr wurde Typhon in Dänemark und auf den Philippinen stationiert.

"Tomahawks" sind in der Lage, unitäre – einschließlich nuklearer – sowie Streu-Sprengköpfe zu tragen, und darüber hinaus können sie Aufklärungsmittel transportieren. Sie erreichen eine Unterschallgeschwindigkeit von etwa 800 Kilometern pro Stunde. Der Preis liegt bei etwa zwei Millionen US-Dollar pro Stück.

Es ist bemerkenswert, dass diese Raketen noch nie gegen Staaten mit modernen

Luftabwehrsystemen eingesetzt wurden. Bei den Angriffen auf Damaskus gelang es dem syrischen Militär, mehr als die Hälfte der Tomahawks abzufangen, obwohl es nur über in den späten 1960er Jahren entwickelte S-200 "Wega"-Raketen und Boden-Luft-Raketensysteme "Buk" aus den 1970er Jahren sowie einigen Berichten zufolge auch über einige modernere "Panzir-S1"-Systeme verfügte.

## Nicht für Kampfeinsätze

Die Forderungen Selenskij sind indes nicht realisierbar – die Anzahl der Typhon-Systeme ist immer noch zu gering, und der Ukraine, die über keine Marine verfügt, fehlen schlichtweg die für den Einsatz von Tomahawks geeigneten Schiffe. Und Kiew hofft wohl kaum ernsthaft, dass man der Ukraine Trägerschiffe mitsamt Raketen geben wird.

Wie die *New York Times* jedoch anmerkt, zielt dieser Punkt keineswegs auf die Stärkung der ukrainischen Verteidigungsfähigkeit ab:

*"Einige Militäranalysten und Diplomaten sind davon überzeugt, dass der vorgelegte Plan in erster Linie auf das ukrainische Publikum abzielt. Selenskij könnte solche Vorgänge, einschließlich seiner jüngsten Rede vor dem Parlament, nutzen, um den Ukrainern zu zeigen: Er hat alles getan, was er konnte. Zudem kann er sie auf einen möglichen Deal vorbereiten, indem er den Westen zum Sündenbock macht."*

In Anbetracht der nachlassenden Unterstützung durch den Westen, des Zusammenbruchs der Front im Donbass, der militärischen Niederlagen im Gebiet Kursk und der bevorstehenden US-Präsidentschaftswahlen, die die Politik gegenüber der Ukraine radikal verändern könnten, erscheint dies durchaus plausibel.

"Zumindest wird er demonstrieren, dass er es versucht hat. Er hat alle möglichen Optionen ausgeschöpft", zitiert die Zeitung die Aussage von Michael John Williams. Williams ist Professor für internationale Beziehungen an der Universität Syracuse und ehemaliger NATO-Berater.

Die Lieferung von Tomahawk-Raketen an Kiew wäre ein ernsthafter Schritt in Richtung einer direkten Eskalation zwischen Washington und Moskau. Diese Waffen würden die ukrainischen Streitkräfte erheblich stärken, aber es ist unklar, wie viele Raketen benötigt würden, um die Kampfsituation wesentlich zu beeinflussen. Die Erfolgsaussichten dieser Forderung sind indes äußerst gering, da Selenskij bisher nicht einmal die Erlaubnis bekommen hat, auch mit viel weniger weitreichenden ATACMS tief in Russland zuzuschlagen.

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 30. Oktober 2024 zuerst bei RIA Nowosti erschienen.*

\* \* \*

## Meinung

### Gebrochen werden kann nur der, der sich brechen lässt – Was Russland von der DVRK lernen kann

<https://dert.site/meinung/223659-was-russland-von-dvrk-lernen-kann/>

25.10.2024

**Die Geschichte hat gezeigt, dass es eine unglaubliche Auszeichnung ist, wie die Nordkoreaner zu sein. Russland muss jetzt wie die DVRK werden: nicht nur eine mächtige, geeinte, willensstarke und äußerst motivierte Faust, sondern auch handlungsfähig.**

*Von Andrei Rudaljow*

Russland hat einen Partnerschaftsvertrag mit der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) ratifiziert. Strategisch und umfassend. Keineswegs ein gewöhnliches Ereignis.

Ein dämonisiertes Land, über das endlose Lügen erzählt wurden, über das tonnenweise Schlamm ausgegossen wurde, aus dem unsere westlich gesinnten Herolde eine Vogelscheuche machten, weil sie selbst Angst hatten. Sie fürchteten sich vor der Standhaftigkeit, die ihnen völlig unverständlich war. Waren sie doch selbst das genaue Gegenteil: biegsam, sprunghaft und schwankend, empfindlich gegenüber den konjunkturellen Winden, mit einem Rücken, der sich vor den "weißen Herren" verbeugte, und Mündern, die nur einen Satz kannten: "Womit können wir dienen?"

Aber brechen kann man nur die, die sich beugen. Die DVRK hat gezeigt, dass man einem Land nichts antun kann, das widerstandsfähig ist. Einschüchterung, Täuschung, Korruption können einem Land, das den Willen hat, zu überleben, nichts anhaben. Aus dieser Widerstandsfähigkeit erwächst eine Tapferkeit, die wirklich volksnah und demokratisch ist.

Ja, man hat uns lange eingeredet, dass es sich um eine starre und isolierte Kaserne handelt, in der Unterdrückung und alle Arten von Schrecken herrschen. Aber in den banalen Propaganda-Horrorgeschichten wird irgendwie völlig vergessen, dass sie ein Volk betreffen, das vor nicht allzu langer Zeit ausgelöscht werden sollte, das, nachdem diese Gefahr beseitigt worden war, brutal geteilt wurde und seitdem wieder, viele Jahrzehnte, mit der Vernichtung bedroht wird.

Uns hätte ein ähnliches Schicksal erwartet. Man stelle sich vor, das sowjetische Volk hätte den deutschen Nationalsozialismus im Mai 1945 nicht in seiner Berliner Höhle vernichtet. Wenn der sowjetische Soldat an den Grenzen des Landes stehen geblieben wäre und Hitlerdeutschland weiterhin unser Nachbar wäre. Eine kannibalische Bestie, wie Selenskij von den "Weltdemokratien" in Ketten gelegt. Die Bestie würde ständig schnappen, bellen, die Muskeln aufpumpen oder und mit einem Zuckerbrot zuwinken. Bald würden dieselben Demokratien dieses Hitlerdeutschland lieb gewinnen, in den Augen der Weltöffentlichkeit weißwaschen und uns zum Bösewicht erklären. Zum Bösewicht, für den kein Platz auf der Erde ist und auf den man doch ohne moralische Bedenken die angekettete Bestie loslassen dürfe.

Jetzt sagen sie ja auch diese Dinge über uns, ganz real und nicht nur in der alternativgeschichtlichen Phantasie: "Tyrannei", "größtes Gefängnis der Welt", "kriminelle undemokratische Natur". Und wir sehen in unserem Land, dass die Realität ganz anders ist. Und verstehen, dass es ein wichtiges Zeichen war, dass das neue Jahrtausend mit dem Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zwischen unserem Land und der DVRK begann. Das war auch der Zeitpunkt, an

dem wir uns allmählich zu erholen begannen, zu uns selbst zurückkehrten und einen Schritt zurück von dem Abgrund des Chaos und der Unruhen machten.

Wir können uns daran erinnern, dass der Gründer der DVRK, Kim Il-sung, vor dem "Neuen Denken" Gorbatschows warnte. Als er sagte, es habe den Charakter einer Kapitulation, wenn wir durch den Versuch, mit dem Gegner zusammenzuarbeiten, sein Wertesystem, seine Argumente und die gegen uns gerichteten Lügen akzeptieren. Damals entstanden Illusionen, und mit ihnen haben wir fast vollständig das westliche Weltbild akzeptiert, in dem unser Raum das Gebiet des Chaos, der Desintegration und der Defragmentierung ist. Es ist kein Zufall, dass der russische Präsident Putin am 24. Februar 2022 den Block der westlichen Länder als "Imperium der Lügen" bezeichnete. Damals fiel der letzte Schleier von seinen Augen.

Die Demokratische Volksrepublik Korea kann jeden lehren, wie man Widerstand leistet und sich für seine Prinzipien, seine Wahrheit und seine Souveränität einsetzt. Sie hat auch bei der Bewahrung ihrer Geschichte außergewöhnliche Zähigkeit bewiesen. Das ist das Prisma, durch das der aktuelle Vertrag betrachtet werden sollte. Derselbe große Kim Il-sung ist unser gemeinsamer Held, eine gemeinsame große Geschichte, ein gemeinsamer Weg. Unglaublich, fantastisch in der Intensität des Kampfes, in der gleichen Standhaftigkeit.

Es ist die Geschichte von Ländern, die brüderlich Schulter an Schulter stehen. Im Gegensatz zu uns haben sie ihren Posten nie verlassen. Wir sind gewandert und haben uns fast verlaufen, sind nur mit viel Glück zu unserer Geschichte zurückgekehrt.

Jetzt ist der Moment der Wahrheit gekommen, der für unser Selbstbild äußerst wichtig ist. Das wahre Gesicht unserer westlichen Partner ist uns vollständig enthüllt worden, alle Masken sind gefallen. Diese Erkenntnis darf nicht in Vergessenheit geraten. Ebenso wie die Tatsache, dass ein alter, in Not und Kampf geprüfter Freund immer der bessere Freund ist.

Die Bürger der DVRK haben nicht geschwankt, nicht aufgegeben und ihren Brückenkopf auch dann noch gehalten, als unser Land buchstäblich aus allen Nähten platzte und wir uns selbst nicht mehr wiedererkannten und vor Angst nicht mehr denken konnten.

Das Wissen um all das ist es, was der Vertrag zementiert. Wie Wladimir Putin betonte, hat unser Land nie daran gezweifelt, dass die DVRK diese Vereinbarungen sehr ernst nimmt.

Es handelt sich hier nicht um eine vorübergehende Hinwendung Russlands zu Asien im Rahmen einer unaufhörlichen Pendelbewegung zwischen Ost und West, ein Geschichtsbild, das einige versuchen zu konstruieren. Nein, Russland kehrt zu der Stabilität zurück, die einige aufheben wollten, zu seinem natürlichen Zustand einer zivilisatorischen Alternative zum Diktat des wechselnden westlichen Welthegemons.

Der Vertrag mit der DVRK ist ein Phänomen des aktiven inneren Konservatismus, für den die Sonne nicht im Westen aufsteigt. Dies ist seine historische Berufung. Nicht zufällig ertönen jetzt auch die neuen Töne der BRICS-Harmonie, die die Welt von neuem sammelt.

*Übersetzt aus dem Russischen.*

\* \* \*

## Eindrücke vom Gipfel in Kasan: Hoffnung der Welt und zwielichtiges Brasilien

<https://dert.site/meinung/223669-eindruecke-vom-gipfel-in-kasan/>

26.10.2024

**Der aus der Ukraine stammende Lateinamerika-Experte erlebte den BRICS-Gipfel in Kasan als Korrespondent von Telesur. Das Ereignis erlebte er als hoffnungsvolles Zeichen, dass der Menschheit ein Neubeginn gelingen wird. Getrübt wird der Eindruck nur vom Veto, das Brasilien gegen die Aufnahme Venezuelas einlegte.**

*Von Oleg Jassinski*

Als Korrespondent des lateinamerikanischen zwischenstaatlichen Fernsehsenders Telesur (Venezuela, Kuba und Nicaragua) verbrachte ich drei interessante Tage und drei schlaflose Nächte auf dem BRICS-Gipfel in Kasan. Einige persönliche Eindrücke und Meinungen zu dem, was ich gesehen habe:

1. Der Gipfel erwies sich nicht nur als das endgültige Scheitern der Versuche, Russland von der Welt und die Welt von Russland zu isolieren, und nicht nur als Sieg der Multipolarität, über die man gewöhnlich so viel spricht, im Guten wie im Schlechten. Ich denke, er war etwas viel Größeres: der bisher konkreteste Versuch, auf den Trümmern der zusammengebrochenen westlichen Zivilisation eine neue Menschheitsgeschichte zu gründen und neu zu beginnen.

Dabei ist es überhaupt nicht beängstigend, dass viele Menschen dies nicht verstehen und ernsthaft glauben, dass diese Welt durch rein wirtschaftliche und finanzielle Reformen verändert werden kann. Es ist notwendig, Kultur und Paradigma, Ansichten und Einstellungen zu ändern. Das neue Motto: Humanismus oder Tod.

2. Der Westen führt Krieg gegen uns, nicht weil er schlecht oder gut ist, sondern weil es zu seiner Natur gehört. So wie ein Hai erstickt, wenn er nicht schwimmt, so geraten "zivilisierte Länder" in eine Krise, wenn sie nicht auf Kosten anderer expandieren oder – meist mit den Händen anderer – Kriege führen.

Die größte Bedrohung für die Weltdiktatur der Konzerne sind nicht die russischen Waffen oder die chinesische Wirtschaft, sondern die menschliche Spiritualität, die nicht immer und nicht unbedingt mit Religiosität identisch ist. Eines der größten Reservoirs an Spiritualität in der Welt ist Russland. Für die Feinde der Menschheit ist dies die Bedrohung Nummer eins. Es ist für sie unverständlich, und vor dem Unverständlichen sind sie machtlos.

Es ist offensichtlich, dass es keine uns feindlich gesinnten Länder gibt, sondern feindliche Regierungen, lokale Verwalter des globalen Systems, die, wie im Falle der Ukraine, in erster Linie Feinde ihres eigenen Volkes sind.

3. Ein negativer Eindruck war die Nichtaufnahme Venezuelas in die BRICS aufgrund des Vetos Brasiliens. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass die Regierung des "linken", "fortschrittlichen", "Arbeiter"-Präsidenten Lula da Silva zuvor ein Veto gegen die Aufnahme eines anderen lateinamerikanischen Kandidaten, Nicaraguas, in die BRICS eingelegt hatte.

Einmal mehr zeigt sich, dass der "linke Progressivismus" die Interessen des Imperiums und seiner Konzerne zuverlässiger und effektiver schützt als alle offen rechtsgerichteten Regierungen zusammen. Als Lula in Brasilien wegen erfundener Anschuldigungen inhaftiert wurde, setzten sich

die venezolanische Regierung und Maduro persönlich für seine Freilassung ein.

Die erste politische Spaltung der BRICS wird von der "fortschrittlichsten Regierung" desjenigen Kontinents herbeigeführt, der die BRICS am dringendsten benötigt, Lateinamerikas.

Persönlich hat Lula das Recht, Ortega und Maduro zu behandeln, wie er will, aber die BRICS-Organisation ist auf die Entwicklung und das Wohlergehen der Völker und nicht auf das Wohl von Regierungen ausgerichtet. Lula kann nicht übersehen, dass Venezuela unter einer schweren Blockade durch die USA steht und die BRICS-Mechanismen eine Chance sind, sich aus dem wirtschaftlichen Würgegriff zu befreien. Sein "Sturz in die Badewanne" am Vortag und seine "Kopfnuss" sind willkommene Vorwände dafür, Maduro in Kasan nicht in die Augen zu schauen. In wessen Interesse handelt die Regierung Lula?

Nichtsdestotrotz wurde ein wichtiger Präzedenzfall für politische Konflikte innerhalb der BRICS geschaffen, wahrscheinlich nicht der letzte oder größte. Konflikte sind völlig normal und unvermeidlich, und deshalb ist es heute sehr wichtig, wie die Organisation damit umgehen wird.

Wünschen wir Lula, nicht wieder zu stürzen.

\* \* \*

## **Forschungszentrum in München: Benannt nach ukrainischem Soldaten, der in Kursk gefallen ist**

<https://dert.site/meinung/223624-forschungszentrum-in-muenchen-benannt-nach-ukrainischem-soldaten/>

27.10.2024

**Im Oktober wurde ein deutsch-ukrainisches Zentrum zur Erforschung der "Massengewalt" im 20. Jahrhundert gegründet. Sein Namensgeber ist ein angehender Wissenschaftler, der als AFU-Soldat im russischen Gebiet Kursk gefallen ist. Er wollte eine Biografie des ukrainischen Nazikollaborateurs und Holocaust-Verfechter Jaroslaw Stezko schreiben.**

*Von Wladislaw Sankin*

Im Oktober wurde ein deutsch-ukrainisches Zentrum für Geschichtswissenschaften gegründet. Das Kooperationsprojekt ist am Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) und der Ukrainischen Katholischen Universität in Lwow (UCU) angesiedelt und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit 2,5 Millionen Euro über vier Jahre gefördert, teilt die LMU in einer Pressemitteilung mit. Offizieller Name des Projekts ist Mykola-Haievoi-Zentrum für moderne Geschichte.

Nikolai Gajewoj diente als Soldat in der 95. motorisierten Sturmbrigade. Er nahm bei der ukrainischen Invasion im russischen Gebiet Kursk teil und kam am 26. August bei den Kämpfen im Alter von 28 Jahren ums Leben. Vor Beginn der russischen Militäroperation war Gajewoj angehender Wissenschaftler an der UCU und wollte eine Dissertation über das Leben und Wirken des ukrainischen Nationalisten Jaroslaw Stezko schreiben. Als Stellvertreter von Stepan Bandera in der OUN war Stezko Hitler-Kollaborateur, glühender Verfechter der Judenvernichtung und später unbehelligt in der BRD lebender Kämpfer gegen die Sowjetunion.

Die Eröffnungskonferenz des Zentrums fand am 16. und 17. Oktober in den UCU-Räumlichkeiten in Lwow statt. Wie die Lwower Akademie in einem Artikel berichtete, zeigte sich der kommissarische Geschäftsträger der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine Dr. Tim Prange

sehr beeindruckt von einem Video, das zum Gedenken an Gajewoj erstellt und bei der Eröffnung des Zentrums gezeigt wurde. "Wir haben eine große Verpflichtung gegenüber den Helden, die im Dienst stehen", betonte er. Seiner Meinung nach ist die Eröffnung des ukrainisch-deutschen Zentrums für Geschichtsforschung außerordentlich wichtig.

Gegenstand der Forschung soll nach eigenen Angaben die Geschichte der Herrschaft des nationalsozialistischen Deutschlands und der Sowjetunion unter Josef Stalin in der Ukraine in den 1930er- und 1940er-Jahren werden. Auch "die Erinnerungen an die Massenverbrechen der beiden Regime" sollen nun untersucht werden.

Dass diese Historiker-Zusammenarbeit nicht weniger als die Revision der Geschichte des 20. Jahrhunderts zum Zweck hat, machte der deutsche Co-Leiter des Gajewoj-Zentrums Prof. Dr. Martin Schulze Wessel in einem Interview deutlich. Denn es handelt sich bei dem Projekt ausdrücklich um die Gleichstellung der nazistischen Gräueltaten und der tatsächlichen und vermeintlichen sowjetischen Verbrechen, allen voran dem sogenannten Golodomor, den Schulze Wessel als "von Stalin verursachten Hunger in der Ukraine" umschreibt. Beide Geschichtsphänomene werden unter dem Begriff "Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts" vermischt und pauschalisiert, ganz im Geiste des "Bloodlands"-Ansatzes des US-Propagandisten und Historikers Timothy Snyder. Wessel Schulze, der auch die Deutsch-Ukrainische Historikerkommission leitet, offenbart im Interview:

*"Sowohl die Sowjetunion als auch NS-Deutschland betrachteten die Ukraine als koloniales Ausbeutungs- und Vernichtungsprojekt."*

Sowjetische und deutsche Gewalt müssten zusammen betrachtet werden, betont der deutsche "Historiker" an einer anderen Stelle des Interviews noch mal. Dass es keinerlei Grundlage für diesen Ansatz gibt, liegt auf der Hand, denn die Ukraine verließ die Sowjetunion nicht in einem "vernichteten" Zustand, sondern als hochentwickeltes Land mit allseits ausgebauter Infrastruktur mit fünf Atom- und sechs Wasserkraftwerken, großer eigener Industrie, Wissenschaft und Agrarwirtschaft. Die ukrainische Bevölkerung betrug im Jahre 1991 52 Millionen Menschen, seitdem finden in der Ukraine beispiellose Bevölkerungsschwund und Verarmung statt. Da die Ukraine in den Jahren der sogenannten Unabhängigkeit einen prowestlichen Weg der Entwicklung eingeschlagen hat, gibt es viel mehr Gründe, von einer Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik des Westens zu sprechen.

Um solche unbequemen Wahrheiten zu kaschieren, werden offenbar politisch motivierte Projekte wie das "Mykola-Haiewoi-Zentrum" ins Leben gerufen, die zum Zweck haben, die Aufmerksamkeit vor allem der jüngeren Generation (das Projekt soll sich primär um den wissenschaftlichen Nachwuchs und "Aufklärung" in den Schulen kümmern) auf vermeintliches Verbrecherregime mit Zentrum in Moskau lenken. Das Schicksal des Namensgebers Gajewoj, der auf russischem Boden gefallen ist, macht deutlich, dass bei dem Projekt vor allem um den Kampf gegen Russland geht. Darauf weisen auch die Aussagen der leitenden Kräfte des Projekts hin.

So sagte die kanadische Professorin und Gastrednerin der Eröffnungskonferenz Margaret MacMillan, dass die russische "illegale Aggression gegen die Ukraine" nicht ungestraft bleiben darf. Sie deutete an, dass es an der Zeit sei, dass Russland besiegt und zerstört wird. "Wir dachten, dass nach 1945 die Epoche der Imperien zu Ende war. Aber in vielerlei Hinsicht hat Russland nie aufgehört, ein Imperium zu sein. Andere europäische Imperien verschwanden, aber Russland nicht", sagte sie.

Schulze Wessel unterstrich in seiner Begrüßungsrede, dass die ukrainische Armee mehr Unterstützung aus der westlichen Staatengemeinschaft erhalten müsse. Im Hinblick auf die

Aussagen von BND-Chef Bruno Kahl vor dem Deutschen Bundestag behauptete er: "Wir befinden uns in einer direkten Konfrontation mit Russland. Wenn der Westen die Ukraine nicht wirksam unterstützt, wird der Krieg Russlands in den Westen kommen."

Also wird Russland laut dem Historiker Schulze Wessel Deutschland und den ganzen Westen ganz sicher angreifen. Damit das nicht passiert, wird jetzt schon mit deutschen Waffen in Russland gekämpft. Das ist pure Kriegshysterie, die Einzug auch in die deutschen Universitätsstuben erhalten hat. Aber noch viele in Deutschland lehnen diese Kriegshysterie ab, auch im Hinblick auf die Geschichte, denn sie wissen ja noch, dass es die Sowjetunion war, die unter beispiellosen Verlusten den Sieg über den deutschen Faschismus errungen hatte.

Unter den Besiegten waren auch die ukrainischen Nazikollaborateure und die Schreckens-Guerilla OUN-UPA mit deren Anführer Bandera. Nun hat es sich das Gajewoj-Zentrum zur Aufgabe gemacht, ein differenzierteres Bild von Bandera und seinem Vize Stezko zu zeichnen. So will der ukrainische Co-Leiter des Zentrums, der UCU-Professor Jaroslaw Gryzak, eine Bandera-Biografie schreiben, und Schulze Wessel adelt den Nazisten schon im Vorfeld zum "umstrittenen ukrainischen Politiker".

Auch der Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Jens Brandenburg nahm an der Eröffnungskonferenz in Lwow teil. Das Ziel des Zentrums werde es sein, sagte er, "Mythen über den Krieg zu widerlegen".

Die Vorstellung, wer im Zweiten Weltkrieg gut und wer böse war, muss also nun als "Mythos" auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden, denn erst das macht einen neuen Krieg möglich. Dieser Paradigmenwechsel soll aber zuerst in den Köpfen der Bevölkerung ankommen. Und das ist es, was die Bundesregierung mit der Finanzierung dieses "Forschungszentrums" bezweckt.

\* \* \*

## Wird Südkorea zum Umweg für den Taurus-Einsatz?

<https://dert.site/meinung/223769-wird-suedkorea-zum-umweg-fuer/>

28.10.2024

**Inzwischen sind die Behauptungen über Soldaten aus der DVRK, die in der Ukraine kämpfen sollen, schon seit zwei Wochen im Umlauf, und der Westen legt immer wieder nach. Was, wenn die ganze Geschichte nur ein Schachzug ist, der letzten Endes deutsche Raketen zum Einsatz bringen soll?**

*Von Dagmar Henn*

Wenn man so liest, was alles in den westlichen Medien über den vermeintlichen Einsatz von Soldaten aus der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) in der Ukraine steht, muss man sich beständig fragen, was damit beabsichtigt wird. Eine Rechtfertigung für den Einsatz von NATO-Bodentruppen? Unwahrscheinlich. Dafür lehnen die meisten Staaten diesen Schritt zu deutlich ab. Einfach nur eine weitere Runde Propaganda, weil die DVRK – neben Iran – zu den am gründlichsten dämonisierten Ländern gehört, und mit dieser Geschichte die schwindende Unterstützung für Kiew wieder aufgepäppelt werden kann? Eine psychologische Projektion, um das eigentliche Objekt der Angst, China, nicht benennen zu müssen?

Es gibt noch eine ganz andere Möglichkeit. In Südkorea wurde durch diese Meldungen eine Debatte ausgelöst, ob und wie Südkorea auf die Handlungen der verfeindeten Hälfte reagieren sollte. Der Austausch eines Abgeordneten der südkoreanischen Regierungspartei mit dem Direktor des

nationalen Sicherheitsbüros wurde von einem dortigen Sender auf dessen Handy abgefilmt. Der Abgeordnete, Han Ki-ho, schrieb darin:

"Wenn es eine Zusammenarbeit mit der Ukraine gibt, wäre es gut, das nordkoreanische Militär mit Raketen zu beschießen und den Schaden zur psychologischen Kriegsführung zu nutzen." Woraufhin der Direktor des nationalen Sicherheitsbüros zusicherte, er werde sich gut darum kümmern. Der Verteidigungsminister hat zwar inzwischen erklärt, das entspreche nicht der Politik des Landes, aber wie haltbar diese Aussage ist, muss sich erst noch zeigen.

Interessant wird es, wenn man betrachtet, mit welchen Raketen da gefeuert werden könnte. Südkorea ist immerhin nicht Mitglied der NATO; also eine fast ideale Schachfigur, um den Einsatz in der Ukraine zu erhöhen, ohne gleich globale Folgen auszulösen.

Und Südkorea besitzt etwas, das schon lange im Gespräch ist: deutsche Taurus-Raketen. Noch dazu werden sie dort mit F 15 eingesetzt, also einem Flugzeug, das verbreiteter als der Eurofighter ist, der in Deutschland als Plattform dient. Die anderen Flieger, mit denen Taurus genutzt werden kann, sind der Tornado, die F 18 und der Gripen.

Die F 15, das macht diese Kombination verlockend, gibt es natürlich außer in Südkorea in rauen Massen in der US-Luftwaffe. Und die Taurus-Raketen gibt es in Deutschland. Da die Kombination F 15/Taurus in Südkorea bereits genutzt wird, wäre auch keine langwierige Anpassung nötig.

Falls das Drama rund um vermeintliche DVRK-Kontingente am Ende dazu führt, dass südkoreanische Flugzeuge an Südkorea verkaufte Taurus-Raketen auf vermeintliche DVRK-Truppen in Russland feuern, könnte es sich in Wirklichkeit ebenso gut um US-F 15 handeln, die mit deutschen Taurus bestückt sind und von US-Piloten geflogen werden. Das bisschen Farbe, um eine südkoreanische Herkunft vorzutäuschen, ist billig.

Damit würde Bundeskanzler Scholz weiterhin behaupten können, er lehne den Einsatz der Taurus ab, die USA könnten behaupten, sie seien gar nicht direkt beteiligt, die Südkoreaner liefern dafür die Tarnung, und am Ende fliegen die von Kiew erwünschten deutschen Raketen nach Moskau. Und alle hoffen sie dann darauf, dass Russland den Braten nicht riecht und bestenfalls einen diplomatischen Streit mit Südkorea beginnt.

Das klingt vielleicht etwas verrückt, aber so herum würden die ganzen Geschichten endlich einen Sinn ergeben.

\* \* \*

## **Verdacht auf Folter in bayrischem Gefängnis – Eine Form der Machtausübung als System-Symptom**

<https://dert.site/meinung/223875-verdacht-auf-folter-in-bayrischem/>  
29.10.2024

**Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Beschäftigte der JVA Augsburg-Gablingen. Sie sollen Häftlinge gefoltert haben. Solche Entgleisungen sind keine Einzelfälle in Deutschland – und nicht zuletzt Ausdruck eines neoliberalen Systems, das selbst auf Gewalt und Unterwerfung basiert.**

*Von Susan Bonath*

In der Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen sollen Bedienstete viele Insassen tagelang nackt in

einen Raum gesperrt haben: Ohne Matratze, Decken, Licht und unzureichend mit Nahrung und Wasser versorgt. Auch zu körperlichen Übergriffen sei es gekommen. Die Staatsanwaltschaft Augsburg ermittelt wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt gegen mehrere Gefängniswärter. Gegen weitere Mitarbeiter laufen Disziplinarverfahren. Die Polizei durchsuchte die Einrichtung bereits vergangene Woche.

## **Nackt in dunklen Zellen**

Darüber berichtete zuerst übereinstimmend die *Augsburger Allgemeine* und der *Bayerische Rundfunk*. Demnach hatte eine Anwältin für zwei Mandanten, ehemalige JVA-Insassen, Anzeige erstattet. Diese seien ohne besonderen Grund mehr als 72 Stunden völlig unbekleidet in einen sogenannten "gesicherten Haftraum" gesperrt worden.

In diesen Zellen ohne Frischluft und Licht hätten die Betroffenen auf dem blanken Betonfußboden liegen müssen. Statt Mahlzeiten hätten sie nur eine Scheibe Brot und Wurst erhalten, dazu kaum etwas zu trinken. Auch von körperlichen Misshandlungen berichteten sie.

Eine ehemalige Anstaltsärztin untermauerte demnach die Vorwürfe als regelmäßige Praxis. Weil sie das nicht mittragen wollte, habe sie gekündigt. Sogar die Folterkommission sei mehrfach vor Ort gewesen, zuletzt am 9. August – allerdings mit Vorankündigung, sodass die Anstalt Spuren habe beseitigen können.

Die Staatsanwaltschaft Augsburg bestätigte, Verfahren gegen JVA-Angestellte eingeleitet zu haben. Sie gab jedoch keine Auskunft darüber, gegen wie viele Personen sie ermittelt. Ebenso im Dunkeln ließ sie, ob auch Vorgesetzte beteiligt waren. Angesichts des tagelangen Wegsperrens von Häftlingen erscheint das aber plausibel.

## **Wertewestliche Heuchelei**

Nun handhabt es der Westen gerne so, derlei Fälle im eigenen Dunstkreis als Einzeltaten von Einzeltätern abzutun. Erinnerung sei zum Beispiel an den NSU-Komplex, wo ein Mitmischen des Verfassungsschutzes nicht ohne Grund im Raum steht, aber niemals offiziell ernsthaft untersucht wurde. Man denke an die politischen Berufsverbote vorzugsweise gegen Kommunisten, auch an zahlreiche Prügelorgien der Polizei gegen friedliche Demonstranten – sei es gegen Corona oder jetzt für Palästina.

Wie viele Professoren, Journalisten, öffentliche Angestellte, Wissenschaftler, Dozenten und so weiter wurden Deutschland schon wegen ihrer "falschen" Meinung an den medialen Pranger gestellt und aus ihrem Job gemobbt? Wie viele Körperverletzungen und Erschießungen von oft psychisch Kranken in Ausnahmesituationen ließ man der deutschen Polizei schon ungesühnt durchgehen? Da dürften einige Fälle zusammenkommen.

Doch sobald in Ländern, die der Westen als Konkurrenz betrachtet, mal wieder irgendein zu hart erscheinendes Urteil gefällt oder tatsächliche Menschenrechtsverletzungen begangen werden, ist die Mainstream-Presse schnell dabei mit ihrem Geschrei und ihren Schimpftiraden gegen "böse Diktaturen". Das verdeutlicht nur den Balken im eigenen Auge und eine grandiose Heuchelei.

## **Neoliberaler Volkssport: Nach unten treten**

Dabei ist es gerade der Westen, der solche Missstände fördert – nicht nur durch seine kriegerische, von Konkurrenzdenken angetriebene Außenpolitik, sondern auch im Inneren. Das zunehmend autoritärer agierende neoliberale System des Westens selbst ist die Hackordnung, die soziale

Ungleichheit, Kriminalität und Terrorismus genauso wie das sogenannte Radfahrersyndrom: nach unten treten, nach oben buckeln, um weiterzukommen. Das ist geradezu ein neoliberaler Volkssport.

Schon Wilhelm Reich und Erich Fromm erkannten eine systemische Bedingtheit hinter diesem Phänomen, das sie als "autoritären Charakter" oder "autoritäre Persönlichkeit" bezeichneten. Sie attestierten hierarchiebedingte Unterdrückungsmechanismen.

Sie verstecken sich auch hinter dem gelobten "freien Markt": Menschen, deren Lebensunterhalt davon abhängt, ihre Arbeitskraft in Konkurrenz zu anderen auf diesem Markt anzupreisen, um sich fremden Vorgaben zu unterwerfen, neigen demnach stark dazu, ihre einerseits fehlende Macht an anderer Stelle an Schwächeren auszuleben, sobald sie die Gelegenheit dazu bekommen.

Daher gelingt es den Herrschenden stets trefflich, die Bevölkerung, auch untere soziale Schichten gegeneinander auszuspielen. Kaum etwas ist leichter, als Niedriglöhner gegen Arbeitslose aufzuhetzen, Einheimische gegen Migranten, Christen gegen Muslime, Deutsche gegen Russen und so weiter.

Im Rahmen staatlicher Institutionen wird dies dann zum System: Jobcenter-Angestellte sanktionieren leidenschaftlich gestrauchelte arbeitslose Jugendliche, anstatt ihnen zu helfen, auf die Beine zu kommen. Polizisten verprügeln mit ähnlichem Eifer friedliche Demonstranten und Gefängniswärter foltern schon mal Gefangene – einfach, weil sie endlich einmal tun können, was ihnen sonst versagt ist: Macht ausüben.

## **Ausgeburt systemischer Gewalt**

Solche Auswüchse, wie das mutmaßliche Foltern von Häftlingen in einem bayerischen Gefängnis, verwundern somit nicht in einem Konkurrenzsystem, das immer mehr Verwerfungen produziert: soziales Elend einerseits, obszönen Reichtum andererseits, Angst vor dem Abstieg, Kriegspropaganda, Herrenmenschendenken, Rassismus und sonstige Formen der Abwertung diverser Minderheiten.

Der westliche Kapitalismus ist eine Ausgeburt systemischer Gewalt, auch wenn er diese stets – scheinheilig als "Freiheit" tarnt – negiert. Gewalt erzeugt immer mehr Gewalt, in jeder Hinsicht. Es wäre daher an der Zeit, einmal über das Prinzip der Konkurrenz "jeder gegen jeden" nachzudenken. Man kann die wirtschaftlichen Bedingungen für eine Gesellschaft auch anders, auf mehr soziale Gleichheit bedacht, organisieren. Dies würde dieses Land und wohl den Rest der Welt um einiges friedlicher machen.

\* \* \*

## **Kann sich Georgien gegen die Maidan-Technologien wehren?**

<https://dert.site/meinung/224166-georgien-lehnt-abgelaufene-maidan-technologien/>

30.10.2024

**Georgien wird die Daten zu den Wahlergebnissen in einzelnen Wahllokalen erneut überprüfen, die Opposition forderte die Annullierung der Wahlergebnisse. Etwas Ähnliches geschah vor zehn Jahren in der Ukraine. Wird Georgien in der Lage sein, sich gegen die Maidan-Technologien zu behaupten?**

*Von Andrei Restschikow und Dmitri Alexandrow*

*Aus Tbilissi*

Am Dienstag, dem 29. Oktober, hat die Zentrale Wahlkommission Georgiens angekündigt, dass sie die Daten zu den Ergebnissen der Parlamentswahlen aus fünf Wahllokalen in jedem Wahlbezirk erneut überprüfen wird. Diese Entscheidung wurde inmitten der Kritik an den Ergebnissen der Parlamentswahlen vom 26. Oktober getroffen. Die Wahllokale, die überprüft werden sollen, wurden per Losverfahren ausgewählt. Die Zentrale Wahlkommission, die bereits mit der Überprüfung begonnen hat, erinnerte daran, dass dies bereits 2021 bei den Kommunalwahlen geschehen sei – und "damals stimmten alle Ergebnisse der Nachzählung mit den Wahlergebnissen überein."

Nach offiziellen Angaben erhielt die Regierungspartei "Georgischer Traum" 54,2 Prozent der Stimmen. Die Fünf-Prozent-Hürde wurde auch von den wichtigsten Oppositionskräften überschritten, die zusammen etwa 37 Prozent der Stimmen erhielten: "Einheit – Nationale Bewegung" – etwa zehn Prozent, "Koalition für den Wandel" – etwa elf Prozent, "Starkes Georgien" – etwa 8,7 Prozent, "Für Georgien" – etwa 7,7 Prozent.

Nach Angaben von Parlamentssprecher Schalwa Papuaschwili erhielt "Der Georgische Traum" allein in Tbilissi 263.000 Stimmen, das sind 45.000 mehr als vor vier Jahren. Die "Koalition für den Wandel" erhielt etwa 90.000 Stimmen. Und wenn die Opposition die Stimmen zusammenfasse und sage, dass sie so in Tbilissi gewonnen habe, sei das irrelevant. Saakaschwilis "Vereinte Nationale Bewegung", fügte Papuaschwili hinzu, habe indes die wenigsten Stimmen in Tiflis erhalten, und dies sei "das endgültige Urteil für diese Gruppe".

Am Vorabend fand im Zentrum der Hauptstadt vor dem Parlamentsgebäude eine von Präsidentin Salome Surabischwili organisierte Kundgebung mit Tausenden von Oppositionanhängern statt, die Fahnen Georgiens und der Europäischen Union trugen. Auf der Kundgebung wurde gefordert, die Wahlergebnisse zu annullieren und die Wahlen unter der Schirmherrschaft einer "internationalen Wahlverwaltung" zu wiederholen, während Surabischwili die Behörden beschuldigte, die Stimmenauszählung manipuliert zu haben.

Die Partei "Einheit – Nationale Bewegung", die sich auf die "Vereinte Nationale Bewegung" stützt, erkennt nicht nur die Wahlergebnisse nicht an, sondern bezeichnet sich auch als Sieger. Die oppositionelle "Koalition für den Wandel" nannte die Ergebnisse einen Putsch gegen die Verfassung. Der Parteivorsitzende Nika Gwaramija behauptete, die Wahlen seien "gestohlen" worden und es habe eine "Usurpation der Macht" im Lande stattgefunden.

Das US-Außenministerium kritisierte die Abstimmung und forderte die Behörden über seinen Sprecher Matthew Miller auf, "eine umfassende Untersuchung der Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen durchzuführen, die antidemokratischen Aktionen zu beenden und auf den euro-atlantischen Weg zurückzukehren." Mehr als ein Dutzend westliche Länder haben in einer gemeinsamen Erklärung den "undemokratischen" Charakter der Wahl angeprangert.

Der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow wies darauf hin, dass die offiziellen Erklärungen der Europäischen Union und der USA ein Ultimatum an die georgischen Behörden enthielten. Ihm zufolge müssten diese "widerwärtigen Äußerungen" "gestoppt werden". Peskow sagte, es bestehe die Gefahr, dass die Situation in Georgien bis hin zu einer Revolution geschwächt werde:

*"Wir mischen uns nicht ein, aber wir sind besorgt darüber, dass die EU und die USA der georgischen Führung in ihren offiziellen Erklärungen ein Ultimatum gestellt haben. Der Rest ist Sache der georgischen Strafverfolgungsbehörden."*

Dennoch haben mehrere Länder die Wahlen in Georgien bereits als demokratisch und gültig anerkannt. Zu den ersten Gratulanten gehörte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, der

sich zu einem Besuch in Tbilissi aufhält. Es folgten die Glückwünsche des aserbajdschanischen Präsidenten İlham Aliyev und des armenischen Premierministers Nikol Paschinjan. Und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan schloss sich den Glückwünschen ebenfalls an.

Vor dem Hintergrund der Reden der Opposition gab es alarmierende Berichte über die Ankunft von in der Ukraine ausgebildeten Scharfschützen im Lande. Nach Angaben einer informierten Quelle bestehe die Aufgabe der Scharfschützen darin, bei Massenprotesten Provokationen zu organisieren. Die Quelle erklärte:

*"Bei ihren Versuchen, die innenpolitische Situation in Georgien nach den Wahlen vom 26. Oktober zu beeinflussen und eine weitere Farbrevolution zu provozieren, schrecken die westlichen Länder vor nichts zurück."*

Nach Ansicht von Experten habe die Protestkundgebung im Zentrum von Tbilissi gezeigt, dass es keine kritische Stimmung im Sinne einer "Maidanisierung" des Landes gebe. Wie der Experte Petre Mamradse feststellte, wären sonst "die Menschen selbst unmittelbar nach der Bekanntgabe der Ergebnisse durch die Zentrale Wahlkommission auf die Straße gegangen", doch tatsächlich habe sich herausgestellt, dass die Demonstranten "nicht in der Stimmung für Ausschreitungen waren."

Die Kritik von Vertretern der Europäischen Union an den Wahlergebnissen und die drohenden Erklärungen des US-Außenministeriums können "den Westen in den Augen der georgischen Bevölkerung nur diskreditieren", "die keine Lust mehr hat, Zeit und Geld für solche Versammlungen auszugeben." Wichtig sei auch, dass die Behörden selbst beschlossen hätten, mögliche Verstöße bei den Wahlen zu überprüfen. Der Analyst merkt an:

*"Und noch ein wichtiger Punkt. Vor den Wahlen sagten Präsidentin Salome Surabischwili und die Oppositionsführer, dass sie der Technologie der elektronischen Stimmabgabe vertrauten, dass es unmöglich sei, sie zu fälschen, und forderten ihre Anhänger auf, keine Angst zu haben. Und jetzt sagen sie genau das Gegenteil! Sie widerlegen sich selbst!"*

Wladimir Skatschko, Kolumnist der Nachrichtenagentur Ukraina.ru, erinnerte daran, dass Scharfschützen in den frühen 1990er Jahren während der antisowjetischen Unruhen in den baltischen Staaten Provokationen inszenierten und sich 2014 "in Kiew in vollem Umfang zeigten", indem sie das Feuer auf Demonstranten und Polizisten auf dem Maidan eröffneten. Leider könnte sich diese Geschichte nun in Tiflis wiederholen. Der politische Analyst argumentiert:

*"Der Westen hat einst unter anderem georgische Scharfschützen nach Kiew geschickt. Die Tötung der sogenannten Himmlischen Hundert machte den Umsturz im Land fast unumkehrbar. Und jetzt bekommt Georgien eine 'Gegenleistung' – Scharfschützen treffen in der transkaukasischen Republik ein. Denn wenn Europa und die USA auf Tbilissi als möglichen Nachfolger der Ukraine im Krieg mit Russland gesetzt haben, dann wird alles unternommen, um die Situation im Lande in die Luft zu jagen."*

Der georgische Politologe Igor Gwritschwili versicherte jedoch, dass die georgischen Sicherheitsdienste auf jede Provokation vorbereitet seien, auch auf solche mit Scharfschützen. Er vermutet:

*"Sie hatten Informationen, dass ausgebildete Scharfschützen ins Land kommen könnten. Bereits Anfang des Jahres hieß es, dass georgische Söldner aus der Ukraine zurückkehren würden, um 'an den Wahlen teilzunehmen'. Sie sind bekannt, sie werden beobachtet und [die Behörden] werden kein Blutvergießen zulassen."*

Der politische Analyst betont, dass "abgelaufene ukrainische Maidan-Technologien" in Georgien nicht funktionieren würden. Und weiter:

*"In der Ukraine wurde der Putsch lange Zeit mit Hilfe westlicher Spezialdienste vorbereitet. Die Westukraine wurde hauptsächlich mobilisiert, während es in Georgien niemanden gibt, den man mobilisieren könnte. Diejenigen, die für die Opposition gestimmt haben, sind meist junge Leute, Studenten und Lehrer. Alle wichtigen Universitäten, die von westlichen Zuschüssen abhängig sind, befinden sich in Tblissi und Kutaissi, wo die Opposition gewonnen hat. Die über Vierzigjährigen und die Menschen in den Provinzen stimmten hingegen überwiegend für den 'Georgischen Traum'."*

Skatschko ist jedoch der Meinung, dass die georgische Regierung die Fehler ihrer ukrainischen Kollegen berücksichtigen und "diese Heckenschützen" im Voraus einfangen sollte. Und er fügt hinzu:

*"Es ist wichtig, dass Tblissi nicht mit der Masse mitgeht und Entschlossenheit zeigt. Die Führung der Republik hat die Straße bereits befriedet. Deshalb sollten wir hoffen, dass sich die Demonstranten dieses Mal beruhigen werden. Und es ist unwahrscheinlich, dass der Westen in der Lage sein wird, die Hälfte des Landes aufzustacheln, selbst wenn er Millionen von Dollar investiert."*

Gwritschwili gibt seinerseits zu bedenken, dass die Neuauszählung der Stimmen in zufällig ausgewählten Wahllokalen im Voraus geplant gewesen sei und kein Zugeständnis an die Forderungen der Opposition darstelle:

*"Dies ist eine Bestätigung, dass alles korrekt abgelaufen ist. In fast 90 Prozent der Wahllokale wurde elektronisch abgestimmt. Dies wird beweisen, dass die Wahlen fair waren, obwohl selbst westliche Analysten dies nicht bezweifeln. Die OSZE hat anerkannt, dass die Fernsehsender der Opposition im Lande arbeiteten und dass alle Parteien an den Wahlen teilnehmen durften."*

Fjodor Lukjanow, Chefredakteur des Magazins *Russia in Global Affairs*, sagte:

*"Im Großen und Ganzen ist die georgische Regierung völlig unzufrieden mit den Unruhen. Unterdessen versucht die Opposition, mit moralischer Unterstützung des Westens, die Unruhen umzudrehen, indem sie behauptet, die Parlamentswahlen seien nicht rechtmäßig. In dieser Situation ist eine selektive Neuauszählung der Stimmen durchaus eine angemessene Lösung."*

Seiner Meinung nach zeige die Regierung auf diese Weise erstens, dass sie Vertrauen in die Ergebnisse habe und bereit sei zu beweisen, dass die Ergebnisse korrekt sind. Außerdem werde die Nachzählung der Opposition und den sie unterstützenden westlichen Ländern einige ihrer Argumente entziehen, fügt der Politologe hinzu. Lukjanow argumentiert:

*"Dies wird ihre Meinung über den 'Georgischen Traum' und die Wahlergebnisse nicht ändern – sie hat sich bereits gebildet. Dennoch entzieht die Entscheidung der Zentralen Wahlkommission den Protestaktionen den Boden. Denn wenn die Neuauszählung die bereits verkündeten Ergebnisse bestätigt, hat die Opposition keine Fakten, um ihre Behauptungen zu untermauern."*

Die Forderung der Opposition, Neuwahlen unter der Schirmherrschaft einer "internationalen Wahlverwaltung" abzuhalten, hält der Experte für absurd. Lukjanow schätzt:

*"Die Opposition erklärt ihre Bereitschaft, Wahlen abzuhalten, als ob Georgien ein besetztes Land wäre. Dies zeigt ihre völlige Respektlosigkeit gegenüber ihrem eigenen Staat. Meiner Meinung nach wird die Initiative nicht verwirklicht werden."*

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 30. Oktober 2024 zuerst auf der Webseite der Zeitung "Wsgljad" erschienen.*

***Andrei Restschikow** ist ein russischer Journalist der Zeitung "Wsgljad".*

***Dmitri Alexandrow** ist ein russischer Journalist.*

\* \* \*

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im Oktober 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.